Donnerstag, den 11. August 1921 — Einzelnummer 25 Pf. — 32. Jahrgang — Nr. 186

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.— Mk., auswärts 1.20 Mk., Anzeigen unter 25 2.— Mk., auswärts 3.25 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.80 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.60 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.— Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei ins Haus durch die Post " " " " " monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 16.30 Mk. " " " " "

Zäher Kampf der Sachverständigen.

Die Konferenz.

Die Sachverständigen wurden nicht fertig.

Wie die Havasagentur meldet, konnten die Sachverständigen, die die oberschlesische Frage prüfen, ihre Arbeiten gestern abend noch nicht beendigen. Der Oberste Rat wird deshalb die oberschlesische Frage erst in seiner heutigen Sitzung aufs neue behandeln.

Die gestrige Tagesordnung.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Obersten Rates ist die Frage der Aufrechterhaltung der Kontrolle über die deutsche Luftschiffahrt an das interalliierte Militärkomitee in Versailles, dessen Vorsitz Marschall Foch führt, zurückverwiesen worden. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung hat der Oberste Rat sich mit der Frage der Hilfeleistung für Rußland beschäftigt.

Die Orientfrage.

Gestern vormittag setzte der Oberste Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entschließung an:

Die Verbandsmächte beschließen, die Haltung strengster Neutralität im griechisch-türkischen Krieg beizubehalten, d. h. die Verbandsregierungen sind sich einig, mit keiner Hilfeleistung irgendwelcher Art in den Kampf einzugreifen, ob es sich nun um Truppen- oder Waffensendung handelt, oder um Gewährung von Krediten

Dazu bemerkt die „Agence Havas": Diese Entschließungen sind selbstverständlich nicht so aufzufassen, daß sie irgendwie die Freiheit des privaten Handels beeinträchtigen können, wie diese nach der derzeitigen Gesetzgebung besteht. Es geht vielmehr aus dem Wortlaut der Entschließung hervor, daß allerdings die Verbandsregierungen keinen der Kriegführenden in ihrer Eigenschaft als Regierung unterstützen können, daß aber Privatleute nach wie vor das Recht haben, auch fernerhin Griechen wie Türken Kriegsmaterial zu liefern. Der Oberste Rat erörterte die Frage der Freiheit der Meerengen. Man beschwerte sich englischerseits, daß die Türken im Bosporus von den Bolschewisten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosporus für ihre Operationen benutzen dürften. Im Gegensatz zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Kriegshandlung im Bosporus zur Ausführung komme. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verbandsregierungen bei beiden Kriegführenden unternommen, um die Freiheit der Meerengen zu sichern. Nach der Regelung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit der Vermittelung. Auch hier wurde leicht eine vollständige Uebereinstimmung erzielt und folgende Entschließung angenommen:

Die Verbandsregierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit dem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Die Finanzkonferenz über die Besatzungskosten.

Im Verlauf der Nachtragssitzung der Interalliierten Finanzkommission hat man sich vor allen Dingen mit der Frage der Kosten der Besatzungsarmeen beschäftigt. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, das aus den Finanzministern der alliierten Länder besteht, um den Betrag der Kosten für die Besatzung bis zum 1. Mai festzustellen. Dieser Ausschuß soll auch die Besatzungskosten für jedes einzelne Land prüfen. Während ein englischer Soldat 15 Goldmark pro Tag kostet, betragen die Unterhaltungskosten für die französischen Soldaten nur sechs Goldmark. Minister Loucheur hat zur Vereinheitlichung der Ausgaben einen Betrag von 11 Goldmark für jeden Mann vorgeschlagen. Bis jetzt hat die englische Delegation diesem Antrag noch nicht zugestimmt. Der gleiche Ausschuß soll auch prüfen, ob die Lieferungen Deutschlands die Kosten decken und wenn nicht, wie das Defizit gedeckt werden soll. Ein weiteres Komitee soll die Besatzungskosten nach dem 1. Mai prüfen. Dieser Ausschuß wird morgen zusammentreten. Am Schluß der Sitzung hat die Finanzkonferenz sich mit der belgischen Prioritätsfrage und mit der Rückerstattung der belgischen Kriegskosten durch Deutschland beschäftigt. Die nächste Vollsitzung der Konferenz findet Mittwoch nachmittag statt.

Englische Pressestimmen.

Lloyd Georges vorgestrige Rede auf der Pariser Konferenz bildet das Hauptthema der Presse, und der Ton der Blätter ist bezüglich der Aussichten auf Regelung der oberschlesischen Frage zuversichtlich. Daily Telegraph zufolge besteht guter Grund zu der Annahme, daß die internationale Spannung wegen Oberschlesien beträchtlich nachgelassen habe und daß bessere Aussicht auf Lösung besteht. Das Blatt erklärt, Lloyd George habe den Standpunkt der englischen Regierung, daß das oberschlesische Industriedreieck zu Deutschland gehöre, im Obersten Rat erneut mit Nachdruck hervorgehoben. Daily Telegraph weist jedoch auf die Möglichkeit hin, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Weitergabe des Grundstückes der Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriedreiecks gefunden werden könne. Offiziell liegt dem Blatte zufolge kein Anzeichen dafür vor, es sei jedoch, wie verlautet, Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer, als auch auf französischer Seite Neigung vorhanden sei, eine Grenzlinie, die das umstrittene Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu ziehen. Wenn dies auch nicht die beste Lösung sei, so doch die am besten erreichbare. Daily Mail berichtet, der durch den englischen, französischen und italienischen Oberkommissar verstärkte Sachverständigenausschuß sei so gut wie angewiesen worden, eine Teilung des umstrittenen Industriedreiecks zwischen Beuthen und Kattowitz zwischen Polen und Deutschland vorzuschlagen, das die englische Regierung bisher Deutschland zuteilen wollte.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Chronicle meldet aus Paris, man nähere sich der Lösung des oberschlesischen Problems. In gut unterrichteten Kreisen glaube man, daß der Oberste Rat bald eine Regelung der oberschlesischen Frage erzielen, die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festsetzung der neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden statt von Osten nach Westen verlaufe. England müsse im Industriedreieck Boden an Polen überlassen. Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebietes von Pleß und Rybnik Deutschland zugestehen. Ein Punkt, der Eindruck gemacht hat, sei der, daß in etwa 15 Jahren das Industriedreieck wahrscheinlich viel weniger wirtschaftlichen Wert haben werde, während der nicht ausgebeutete südliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde.

Zufriedenere französische Auffassung.

„Petit Parisien" schreibt: Zum ersten Mal habe man einen Weg eingeschlagen, der rasch zu einem Abkommen führen werde. Das Dogma, das von britischer Seite verteidigt wurde, habe darin bestanden, daß das oberschlesische Industriegebiet unteilbar sei. Dieses Dogma habe Lloyd George in seiner Rede, deren Inhalt vielleicht glücklicher gewesen sei als ihre Form, aufgegeben. Da man von diesen künstlichen Hindernissen befreit sei, hätten die Sachverständigen ihren Weg sofort voranschreiten können.

Polen und die kommende Entscheidung.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Warschau:

Die hiesige Oeffentlichkeit sieht der Entscheidung über die oberschlesische Frage ohne übermäßige Spannung entgegen. Auch aus den Auslassungen der Presse läßt sich erkennen, daß das Publikum des ganzen Handels müde ist. Anders ist natürlich die Stimmung in den Konventikeln der Eingeweihten und der „Macher". Auch die Regierungsstellen verraten eine schwankende und nervöse Haltung. Außenminister Skirmunt, der anfangs deutlich das Bestreben zeigte, Polen aus der „Isolierung zu zwei" nämlich aus seinem ausschließlichen Angewiesensein auf Frankreich, behutsam herauszuführen, muß sich selber kategorisch berichtigen. Wie es heißt, geschieht dies nicht nur auf französisches Verlangen, sondern auch unter dem Eindruck, daß die versuchten Anknüpfungen in Rom fehlgeschlagen sind. Jedenfalls gab Skirmunt dieser Tage wiederholt Erklärungen in dem Sinne ab, daß Polen in seiner gegenwärtigen Situation auf Frankreich setze und allein auf Frankreich. Unter von diesem Minister bisher nicht gebrauchten Inkonvenienzen gegenüber Deutschland erklärte er einem Vertreter des „Journal de Pologne", das Bündnis mit Frankreich bleibe der Eckpfeiler der polnischen Politik. Trotz der Unhöflichkeiten gegen Deutschland, mit denen er neuerdings hervortritt, meinte Skirmunt, Deutschland doch auch wieder die Hand hinstrecken zu können. Er erklärte: „Ich habe den Deutschen gesagt, daß, wenn sie sich mit der Ausführung des Versailler Vertrages und mit unserem Bündnis mit Frankreich abfinden, ich bereit sei, in Verhandlungen über die Herstellung guter nachbarlicher Beziehungen einzutreten."

Ein ähnliches Hin- und Herschwanken zeigt sich auch in der Frage der Unterwerfung oder Nichtunterwerfung gegenüber einer Polen unerwünschten Entscheidung des Obersten Rates. Die Erklärung des Ministerpräsidenten vor dem Sejm wird durch die am Sonntag in Paris überreichte Note in einer Weise umschrieben, die alle Unklarheiten bestehen läßt. Auch das bereits erwähnte Skirmunt-Interview im „Journal de Pologne" operiert abermals drohend mit einer zu befürchtenden „Verzweiflung" der oberschlesischen Bevölkerung. Vorbereitungen auf polnischem Boden für den Fall eines neuen oberschlesischen Aufstandes leugnete der Minister freilich in erregtem Tone, die Nachrichten darüber seien ehrlos und verleumderisch.

So ist die Unsicherheit der Haltung für die polnische Regierung zur Zeit charakteristisch. Selbst der „Kurier Warszawski" nennt heute die Richtung der amtlichen Staatsleitung nebelhaft. Es läßt sich hinzufügen, eindeutig klare Entschlüsse an entscheidendsten Stellen würden auch diesen Dämmer wohltätig zu erhellen vermögen.

Witos geht nach Ostgalizien.

Warschau, 9. August. (Drahtbericht.) Die politischen Parteien der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens haben bei dem Völkerbundrat, den Ententestaaten und dem Vertreter der polnischen Regierung in Galizien einen gemeinsamen Protest erhoben gegen die Verfügung der polnischen Behörden, die eine für den 30. September d. J. in ganz Polen bevorstehende Volkszählung und eine Teilmobilisation von Militärbeamten auch auf die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens ausdehnen wollen. Der Protest wird mit den Haager Beschlüssen über militärische Okkupation begründet, da die polnische Herrschaft in Ostgalizien, dem Beschlusse des Obersten Rates zufolge, lediglich eine militärische Okkupation darstelle.

Der Ministerpräsident Witos hat eine Reise nach Ostgalizien und dem benachbarten Teile Wolhyniens angetreten.

Wiederaufbauarbeit in Oberschlesien.

In der „Germania" veröffentlicht der verdienstvolle Herausgeber der parteilosen Oppelner Heimatzeitschrift „Der Oberschlesier", Georg Wenzel, Ausführungen über die kommenden innerpolitischen, deutschen Wiederaufbauaufgaben in Oberschlesien, die von unserem Standpunkt aus mancher Ergänzung fähig, aber in ihrer sachlichen und gegenüber der polnischen Volksminderheit versöhnlichen Art, jedenfalls sehr beachtenswert sind. Man wird manche Gedankengänge daran finden, die in der „Volkswacht" seit vielen Monaten immer wieder vergeblich betont wurden und die unmittelbar nach der Entscheidung des Obersten Rates nicht mehr von der Hand zu weisen sein werden:

Wenzel schreibt:

Das große Aufbauprogramm, das Oberschlesien aus den Trümmern herausführen soll, kann sicher nur im Rahmen des Deutschen Reiches ausgeführt werden. Die deutsche Reichsverfassung und das oberschlesische Autonomiegesetz garantieren eine Entwicklung, die dem völkischen, religiösen und sprachlichen Aufbau Oberschlesiens entspricht. Eine mechanistische oder atomisierende Auslegung des Wahlergebnisses, das einen guten Schlüssel für die Bewertung der nationalen Kräfteverteilung gibt, mehr nicht, verurteilt das Land zu schwerem Siechtum. Letzten Endes hat die Weltwirtschaft den Schaden davon.

Es ist die höchste Zeit, mit diesem großen Aufbauprogramm hervorzukommen. Endlich muß in Oberschlesien etwas geleistet werden. Schon im Februar 1919 wurde ein umfassendes Kulturprogramm in kleinem Kreise ausgearbeitet. Selbstverständlich hat dieses mit „Agitation" und „Germanisierung" nichts zu tun. Ein Land kann nur aus sich selbst gesunden. Die naiv plumpen Versuche der Zwangsnationalisierung sind nicht am Platze. Das große Aufbauprogramm muß alle Schichten der Bevölkerung umfassen. Wir können hier nicht alle Einzelheiten bringen. Für die Kommunalpolitik sind in einer oberschlesischen Zeitschrift Richtlinien von einem Beuthener Stadtrat ausgearbeitet worden. Die tätige Anteilnahme auch des einfachen Mannes an der Verwaltung seiner Gemeinde ist in Oberschlesien vielleicht noch mehr als sonst anzuerziehen. In Oberschlesien ist früher zu viel gemacht worden. Der Oberschlesier war zu sehr Objekt, er wurde geschoben, fühlte sich aber nicht selbst verantwortlich für sein Land. Nun werde ich am wenigsten bestreiten, daß in Oberschlesien vieles von oben angeregt und in die Wege geleitet werden muß, aber eine gesunde demokratische Verteilung der Lasten und Pflichten muß den einzelnen wieder dem Lande zuführen und ihm die Freude daran, Heimatgefühl und Gemeinsamkeitsempfinden, schenken. Einen Beamtenstand aus einheimischen Elementen kennt das Land noch gar nicht. Es muß die größte Sorge sein, für den Nachwuchs zu sorgen. Ein Erziehungs- und Studienfonds sollte gewisse Stützen geben. Der Schutz der Muttersprache und der Kulturgüter ist der polnischen Bevölkerung in der Verfassung zugesichert. Nun müssen diese Sicherungen auch praktische Bedeutung erlangen. Vor allem gibt die Schule manche harte Nuß zu knacken auf. Ohne Zweifel werden von rein deutscher Seite viele Dinge aufgegeben werden müssen, an denen mancher gerne hing. Aber ein Land, das eine so beträchtliche polnische Minorität enthält, ist eben nicht so zu behandeln wie Pommern oder Hessen.

Die oberschlesische Wirtschaft ist in mancher Hinsicht rückständig. Durch neue Herstellungsweisen und neue Arbeitsmethoden muß versucht werden, die Industrie konkurrenzfähig und leistungsstärker zu machen. Auch in Oberschlesien stehen wir vor dem Problem der Ausnutzung der elektrischen Kräfte, und das Problem ist in Oberschlesien besonders schwierig. Bei der im Industriegebiet herrschenden Menschenzusammenballung kann die zur Gesundheit und zum Behagen des Einzelnen notwendige Dezentralisation des Wohnungswesens nur durch einen großzügigen Ausbau des Schnellbahnsystems erreicht werden. Grundbedingung ist eine weitgehende Steigerung der Elektrizitätserzeugung in produktivster Weise. Hierdurch würde auch eine Dezentralisation der Industrie, vor allem eine Förderung der Verfeinerungsindustrie und die Anregung zu lohnender Hausindustrie erreicht werden. Die Wohnungsnot mit ihren politischen und sittlichen Gefahren ist im Industriegebiet besonders arg. Eine der brennendsten Tagesforderungen ist deshalb die planmäßige moderne Baupolitik. Von den Aufgaben der sozialen Wohlfahrtspflege und Gesundheitsfürsorge wollen wir erst gar nicht zu reden anfangen. In diesem Lande der harten Arbeit ist besonders viel darin zu tun. Gerade jetzt ist die Anregung gegeben worden, in den Wäldern von Neustadt O.-S. eine Heilstätte für unsere leidenden Kriegsverletzten und Kriegswitwen mit ihren Kindern einzurichten, weil es unmöglich ist, all die vielen Leidenden sonst unterzubringen, und in den Bergen der Heimat, dem Qualm der Hütten entrückt, Wiedergesundung in Aussicht stellen. Die Grundlage jeder gesunden Bevölkerungspolitik ist die Siedlungspolitik. Hier haben schon Versuche eingesetzt, aber die Siedlungsfrage muß noch viel entschiedener als Knochengerüst eines Aufbauprogramms betrachtet werden. Die oberschlesische Landwirtschaft in allen ihren Haupt- und Nebenzweigen ist in lebhafter Bewegung. Auch für vernunftgemäße Gemüse- und Gartenpflege bemüht man sich seit langem, Verständnis zu finden. Ebenso ist bekannt, daß der Kleintierzucht große Sorge entgegengebracht wurde. Man ist bestrebt, auch neue Anbaumöglichkeiten zu erschließen. Für den Handwerkerstand wird die Förderung von Qualitätsarbeit wichtig sein.

Das oberschlesische Geistesleben muß in jeder Ausstrahlung auf Grund der gegebenen Voraussetzungen gepflegt werden. Hier liegt eine besondere Aufgabe des Kulturwillens vor, die das Ergebnis der deutsch-slawischen Mischung ist. Deutschland, das an Sonderformen so reich ist, wird gerne die oberschlesische Eigenart bei sich beherbergen. Wir sammeln die Kulturgüter von Ostoberschlesien und gründen Institute für Auslandsforschung, ohne die

allererst sollten wir ein Forschungsinstitut für unser eigenes Land schaffen, und gerade wo die allgemeine deutsche Kultur einen fremden Einschlag erhält, müssen wir aus dieser Blutauffrischung alles Kräftige und Tüchtige herausholen. Die Gründung der landmannschaftlichen Vereine zur Vorbereitung der Abstimmung wäre eine [illegible] sonst sich bietende Gelegenheit gewesen, das Heimatgefühl, den Sinn für die Zusammengehörigkeit und die Einheit zu vertiefen. Leider erstarb der schöne Gedanke in „Agitation". Jede Bildungsmöglichkeit soll [illegible] werden. Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, auch den wissenschaftlichen [illegible] künstlerischen Bemühungen eine Zentralstelle zu [illegible]. Auf dem Gebiete der sogenannten Volksbildungspflege ist manches eingerichtet worden, es kommt aber darauf an, das Volk [illegible] daran zu interessieren, damit aus der Bildungspflege eine Bildungsbewegung wird. Ein schlechtes Zeichen für die Anteilnahme einer größeren Oeffentlichkeit an heimat- und volkstümlichen Dingen ist, daß sich die einzige oberschlesische Heimatzeitschrift nicht zu halten vermag. Eine Sammlung oberschlesischer Sitten und Bräuche, die alle Ausdrucksformen des Landes umfaßt, liegt noch nicht vor. Als Unterlage für heimatkundliche Erziehung wäre sie schon notwendig. Eine gewisse Hoffnung kann man vielleicht auf die Jugend setzen, deren ringenden Willen man fördern sollte.

Nur ganz herausgerissen sind hier einige Gedanken hingesetzt, die Programmpunkte eines großen Aufbauplanes sein müßten. Man darf nun nicht etwa einwenden, daß alles schon kommen werde, aber erst die Entscheidung abgewartet werden müßte. Die ganze Abstimmung hätte auf einem umfassenden Kultur- und Wirtschaftsprogramm aufgebaut werden sollen. Der Zweifelnde und in seinem Vertrauen zu Deutschland Erschütterte fragte: Für welches Deutschland soll ich denn stimmen, für das Deutschland der alten Zeit, oder was ist denn Deutschland? Da hätte ein großes Aufbauprogramm Ziel und Richtung gewiesen. Polen war für viele neues Leben, Hoffnung, Erwartung. Deutschland war nur der Alltag. Es fehlte uns an hinreißendem Schwung und an jedem die politische Phantasie anreizenden Schimmer. Aber treten wir wenigstens jetzt mit unserem Aufbauprogramm hervor. Auch Oberschlesien gehört in gewissem Sinne in das System der Reparationen. Deutschland hat hier gewissermaßen ein Weltmandat zur Wiedergutmachung von Kriegssünden erhalten. Es kann zeigen, ob es gewillt ist, Versöhnungswillen zu beweisen. Oberschlesien kann der Beweis dafür werden, ob ein neuer Geist in Deutschland Einzug gehalten hat. Oberschlesien ist deshalb eine Weltfrage von eminenter Bedeutung. An Oberschlesien wird man erkennen, ob die Welt reif geworden ist für die Ideen eines neuen Zusammenlebens der Völker.

Allgemeine Lohnerhöhung notwendig!

Die großen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften treten am Donnerstag zu einer Beratung zusammen, um sich über die Forderungen zu einigen, die in Auswirkung der neuen Steuergesetze, der Brotpreiserhöhung und Kohlenpreissteigerung an die Reichsregierung gestellt werden sollen. Durch eine amtliche Verlautbarung hat das Reichskabinett der Oeffentlichkeit bereits mitgeteilt, daß über Lohnzuschläge verhandelt werden soll. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung sich bereits eingehend mit den eventuellen Zugeständnissen befaßt und den Reichskanzler Dr. Wirth mit der Führung der kommenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften beauftragt.

Die Beamtenschaft wird zunächst eine gleichmäßige Erhöhung der Teuerungszuschläge und die Durchführung der lange angestrebten Einheitlichkeit in Bezug auf diese Zuschläge verlangen. Weiter soll der Wegfall der Staffelung der Kinderzulagen und die Erhöhung des Grundgehaltes um mindestens 4000 Mark jährlich gefordert werden

* * *

Das offiziöse WTB. meldet: Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu befassen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit voraussichtlich demnächst die Brotpreiserhöhung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuergesetzgebung, z. B. die etwaige Verteuerung von Kohle, Gas usw. eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden und wie weit dem bei der durch die Reparation aufs äußerste angespannten Finanzlage des Reiches durch Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, sodaß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen.

Von gutunterrichteter Seite erfährt die „Dena", daß die Erfüllung der Zahlung der 1 Milliarde Goldmark am 30. August der Regierung zwar schwere Sorge bereitet hat, daß aber begründete Hoffnung besteht, die Zahlung einhalten zu können. Um das Ziel zu erreichen, sind außerordentliche Anstrengungen nötig gewesen, die durchaus nicht immer die Unterstützung der in Frage kommenden kapitalkräftigen Kreise gefunden haben sollen. Das Ziel wäre leichter zu erreichen gewesen, wenn eine Lösung der oberschlesischen Frage und [illegible] Deutschland schon [illegible] im [illegible] vorgelegen hätte. Große Markspekulationen sind auf die Zahlungsverpflichtung Deutschlands hin getätigt worden und haben deren Einhaltung angeblich nicht unwesentlich erschwert. Auch die übrigen aus dem Ultimatum von London entspringenden Verpflichtungen sind, wie aus der gleichen Quelle verlautet, in ihrer Erfüllung sehr weit fortgeschritten. Der Rest des oberschlesischen Selbstschutzes dürfte im Laufe der nächsten zwei Wochen ganz verschwinden. Das ganze Reparationsproblem hat in den letzten Monaten eine wesentliche Förderung erfahren, hängt aber naturgemäß von dem Erträgnis der neuen Steuern ab. Die Wege dazu sind aber geebnet.

Die Entwaffnung.

Nachstehend geben wir die Ziffern vom Stand der Entwaffnung mit dem 1. Juli 1921 abschließend wieder.

Die Reichstreuhandgesellschaft hat bis zu diesem Tage

	zur Zerstörung erhalten	zerstört	noch auf Lager
Gewehre und Karabiner	5 [illegible]	[illegible]7 300	85 409
Maschinengewehre	[illegible]	[illegible]5 705	[illegible]
Minenwerfer und Rohre von solchen	27 376	26 381	995
Geschütze u. Rohre von solchen	51 947	51 545	402
Lafetten	27 100	27 030	70
Scharfe Artilleriegeschosse und Minen	37 200 000	30 000 000	7 200 000
Scharfe Handgewehr- und Wurfgranaten	15 000 000	14 000 000	1 000 000
Scharfe Zünder	56 200 000	54 000 000	1 800 000
Handwaffenmunition	432 000 000	380 000 000	48 000 000
Flugzeuge	14 001	13 369	10
		ausgeliefert 622	
Flugzeugmotoren	27 663	23 866	153
		ausgeliefert 3 664	

Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 zur Zerstörung gebrachten Restbestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät, nach dem Stande vom 6. August 1921:

453	Geschütze
395	Geschützrohre
845	Lafetten
2 368 263	Stück Artillerie-Munition und -Minen
1 695 953	„ Zünder für Artillerie-Munition
3 141 977	Kilogramm Pulver
1 193	Minen- und Granatwerfer, darunter 80 Signalwerfer
9 266	Maschinengewehre
370 712	Gewehre, Karabiner Tankgewehre
19 312	Revolver und Pistolen
227 586	blanke Waffen
2 078 489	Gewehr-, Wurf- und Handgranaten
2 091 241	Zünder für Handgranaten
37 499 117	Stück Handwaffenmunition
370 290	Kartuschen aller Art
349 580	Sprengladungen, Sprengpatronen
14 826	Wagen aller Art, darunter 418 Protzen, 60 Maschinengewehrwagen
751	Feldküchen

außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Waffenzubehör- und Ersatzteilen, optischem Gerät, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr- und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Textilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörteilen, ferner 70 Feldbacköfen, zwei Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 220 Fahrräder, 5000 Armeesättel, 1000 Bocksättel, 800 Sielengeschirre, 5 000 000 Platzpatronen.

Kohlenlieferungen rückständig.

Die durch das Spaer Abkommen an die Ententestaaten zu liefernden Kohlensendungen konnten in letzter Zeit den Abmachungen entsprechend nicht eingehalten werden. Das ist in der Hauptsache aus dem niedrigen Wasserstand der Wasserstraßen, insbesondere des Rheins, zu erklären, der einen regelrechten Schiffahrtsverkehr unmöglich machte. Die Eisenbahnlinien nach den Ententeländern sind bekanntlich bereits mit Kohlentransporten überlastet, sodaß die sonst für die Wasserstraßen in Frage kommenden Transporte von der Eisenbahn nicht befördert werden konnten. Der bestehende Mangel an Eisenbahnmaterial hätte ohnehin eventuelle Transporte auf dem Landwege unmöglich gemacht. Die Reichsregierung ist selbstverständlich bestrebt, das ohne ihre Schuld Versäumte schnellstens nachzuholen.

Frankreich und England beschweren sich gegenseitig über ihre Schutzzollpolitik.

Im englischen Unterhause teilte Harmsworth mit, die französische Regierung erhob gegen das englische Gesetz über die Schlüsselindustrien mit der Begründung Einspruch, daß das Gesetz von ungünstigem Einfluß auf die französische Ausfuhr sein werde. Die britische Regierung antwortete, vor eingehender Erörterung des Gegenstandes könne sie eine erschöpfende Antwort nicht erteilen. Indessen lenkte sie die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die kürzlich erfolgte Erhöhung des französischen Zolltarifes, deren offen zugegebenes Ziel der Schutz der französischen Industrien vor dem ausländischen Wettbewerb sei.

Das internationale Rote Kreuz und Rußland.

Der Präsident des internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an der Konferenz in Genf am 15. August teilzunehmen. Auf der Konferenz soll die Frage der internationalen Roten Kreuz-Hilfe für Rußland beraten werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor von Winterfeldt, antwortete Ador, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entspreche und drückte dabei aus, daß das deutsche Rote Kreuz auf dem Standpunkt stehe, daß angesichts der Größe des russischen Problems nur auf breitester internationaler Basis dem notleidenden Rußland wirksame Hilfe gebracht werden könne. Die eingeleitete Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes auf sanitärem Gebiet wird hierdurch nicht berührt.

Russisch-amerikanische Verhandlungen.

Riga, 10. August. (Dena-Drahtbericht.) Gestern begannen die russisch-amerikanischen Verhandlungen über die Hilfsaktion Amerikas gegen die Hungersnot in Rußland. Amerika ist vertreten durch Brown. Der Vertreter Rußlands ist Litwinow. Ueber die Absichten Amerikas teilt Brown dem Vertreter der Dena mit, daß zunächst nur eine Hilfe für Kinder in Frage kommt, diese aber im umfangreichen Maße unternommen werden soll. Der Transport der Lebensmittel erfolgt bis Reval.

Entwicklung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

Den Berichten des Vorstandes an den im Juni d. Js. tagenden Kongreß des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. o. L.) ist zu entnehmen, daß die Zahl der angeschlossenen Verbände (110) und Industriekartelle (4) im letzten Jahre die gleiche blieb. Die Zahl der Staats-Gewerkschaftskartelle stieg von 46 auf 49, die Zahl der örtlichen Kartelle von 928 auf 973. Auch bestehen 786 örtliche Ausschüsse der Industriekartelle. Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder sank von 4 078 740 auf 3 906 528, oder um 172 212 oder rund 4%. Ueber 100 000 Mitglieder zählen die folgenden Verbände:

	1920	1921
Bergarbeiter	393 600	425 700
Zimmerer und Tischler	331 500	352 100
Maschinenbauer	330 800	273 600
Eisenbahn-Büroangestellte	186 000	169 600
Elektrizitätsarbeiter	139 200	142 000
Fuhrleute und Kraftwagenführer	110 800	105 700
Maler und Tapezierer	103 100	113 300
Eisenbahnangestellte	98 700	100 000
Seeleute	65 900	103 300

Die Maschinenbauer, die diesmal einen Verlust von 57 200 Mitgliedern aufweisen, hatten im Jahre zuvor um 76 200 Mitglieder zugenommen.

Nach den vorläufigen Feststellungen waren die angeschlossenen Verbände im Berichtsjahre mit 191 934 Personen an 1635 Streiks beteiligt, gegen 734 056 Personen und 1250 Streiks im Jahre zuvor. Die Streikkosten beliefen sich auf 8 462 000 Dollar. An Unterstützungen aller Art wurden von 52 berichtenden Verbänden 5 700 000 Dollar ausgegeben, darunter über 3 Millionen Sterbegeld, 1,2 Millionen Krankenunterstützung, 900 000 Dollar Arbeitslosenunterstützung usw.

Der Gewerkschaftsbund selbst hatte eine Einnahme von 1 036 000 Dollar, eine Jahresausgabe von 857 000 Dollar und verzeichnete am Schlusse des Berichtsjahres einen Kassenbestand von 178 000 Dollar. Die wichtigsten Ausgabeposten sind: Organisation (Bezirksleiter usw.) 279 000 Dollar, Drucksachen und Bürobedarf 86 000 Dollar, Büromiete 15 000 Dollar, sozialpolitische Delegation 17 000 Dollar, Gehalt des Vorsitzenden 11 600 Dollar, Gehalt des Sekretärs 9500 Dollar, Gehälter des Büropersonals 124 000 Dollar usw. Das amtliche Organ des Bundes, der „American Federationist", kostete 140 000 Dollar, doch betrugen die Einnahmen dafür 146 000 Dollar, so daß ein Ueberschuß von rund 6000 Dollar sich ergab. (Das Blatt hat einen ausgedehnten Anzeigenteil.)

Versuchter Staatsstreich des Exzaren Ferdinand?

„Daily Mail" teilt aus Athen mit, daß der ehemalige Zar Ferdinand von Bulgarien in der vergangenen Woche versucht hat, nach Bulgarien zurückzukehren, in der Absicht, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. An der Grenze sei er jedoch erkannt und sofort abgeschoben worden.

Hungerland.

Von Georg Werner.

67] (Nachdruck verboten.)

Diese Klage war die Antwort der Jäschke-Klara auf die Mitteilung Karls an einen seiner Freunde in Waldenburg, er werde sich wahrscheinlich Weihnachten verloben. Unvorbereitet sollte ihn die Klage treffen. Weihnachten verlobte er sich und im Januar erhielt er die Entscheidung des Gerichts monatlich fünfzehn Mark Alimente zu zahlen. Und zahlen mußte er, sonst hielt man ihm den Betrag bei der Firma ab. Diese Blamage aber mußte er vermeiden. So schwer es ihm fiel, er schickte den Betrag.

Mit dem Heiraten wollte Karl nun nicht mehr allzu lange warten. Er hatte keine Lust mehr, die Mietsentschädigung, die den Verheirateten in Höhe von 25 Mark zustand, der Firma zu schenken. Außerdem konnte er bei seinen Schwiegereltern wohnen und ohne größere Kosten wie als Lediger verheiratet sein. Nach einigen Wochen erkannte er aber schon, daß dieser Plan ein Luftschloß bleiben werde. Die Bohrungen näherten sich ihrem Ende und das nun beginnende Schachtabteufen war einer anderen Gesellschaft, die nichts wie Schächte abteufte, übertragen worden. Dazu stellte die Bergwerksgesellschaft, die die Rechtsnachfolgerin der Bohrgesellschaft wurde, nur einen oder zwei Beamte, die später den Bergwerksbetrieb weiter führten.

Er sprach mit seiner Zukünftigen über diese Verhältnisse, die in vielen Dingen sehr gut Bescheid wußte, da sie Bergrat Sanders Schreibtisch aufräumte und es nicht lassen konnte, in gar manches Schreiben ihre Nase zu stecken. „Ach," meinte sie, als er ihr seine Befürchtungen mitteilte, „das schadet nichts. Bergrat Sander ist auch in Westfalen sehr ziemlich einflußreich, da dort einzelne Schachtanlagen in Betrieb kommen, wo man auf sein Wort hört. Willst Du oder soll ich mal mit ihm sprechen?"

„Am liebsten bliebe ich hier", sagte Wilhelm.

Aber die Selma hatte nicht so große Lust. „Hier wird man von jedermann gekannt und das ist als Steigersfrau nicht immer angenehm. Man ist doch nun einmal etwas Besseres," sagte sie.

„Da werden wir eben mit dem Heiraten noch warten müssen, bis ich wieder in einer [illegible] Stellung bin," [illegible] er.

Doch sie war anderer Meinung. „Wir wohnen [illegible] bei den Eltern und brauchen wenig [illegible]. Die [illegible] uns, [illegible] Du eine andere Stellung [illegible]," [illegible] sie.

Auch mit den Eltern wurde Rücksprache genommen und diese erklärten, der Tochter eine Wohnungseinrichtung von 4 Zimmern und Küche, so ungefähr im Werte von 1200—1500 Mark mitgeben zu wollen. Mehr könnten sie unmöglich tun. Wollten die Beiden heiraten und vorläufig mit zwei Stübchen im Haus vorlieb nehmen, hätten sie nichts einzuwenden.

Im Juni wurde geheiratet. Von Karls Verwandten war nur Gottlieb erschienen, der als Soldat im letzten Jahre diente und sich dieses Fest nicht entgehen lassen wollte. Die anderen hatten abgeschrieben, worüber Karl nicht böse war. Glaubte er doch, mit seinen Angehörigen lasse sich kein Staat machen. Außerdem fürchtete er, seine Geschwister seien mit seinem Verhalten gegenüber der Jäschke-Klara nicht einverstanden. Von Wilhelm wußte er das ganz genau, denn dieser hatte von jeher den Standpunkt vertreten, zum Verführtwerden sind die Mädchen gut genug, dazu fühlen sich die Herren Steiger in Schlesien nicht zu fein, aber zum Heiraten wollen sie etwas Besseres haben. Karl nannte das Klassenhaß, aber im Kreise seiner Bekannten war Aehnliches schon so oft passiert, um Wilhelms Meinung begreiflich erscheinen zu lassen.

Von der Jäschke-Klara wußte seine Frau noch nichts, sie sollte es erst später erfahren. Aber den Tag nach der Hochzeit erhielt sie einen Glückwunsch aus Schlesien, in dem Karls Verhalten nicht nur dem Mädchen, sondern auch seiner Mutter gegenüber geschildert wurde und hierbei kam kein günstiges Bild für diesen heraus.

Doch der erwünschte Erfolg blieb aus. Zwar gab es verweinte Augen und große Vorwürfe, aber Karl gelang es, seine Frau zu überzeugen, daß schwarz auf schwarz aufgetragen worden sei. Die letzten Monate hätte er der Mutter regelmäßig geschickt, das sei doch der beste Beweis von gutem Willen. Früher habe er kein Geld gehabt, die Schule habe viel Geld gekostet. Die Jäschke-Klara aber die so eine, na, die könne man nicht heiraten. Wenn er noch zu Hause gewesen wäre, hätte man ihn nicht verurteilt. Und da die Selma ihren Mann gern hatte, so glaubte sie ihm zum Teil, andererseits wollte sie ihm die Seitensprünge schon abgewöhnen.

Schon in den nächsten Wochen sagte ihm Ingenieur Kramer, Karl solle sich nach anderer Stellung umsehen. Er gab ihm aber gleichzeitig die Adresse von Zeche Julius bei Hamm an, auf der man ihn anstellen würde. Als Karl fragte: „Ist denn gar keine Möglichkeit, hier zu bleiben?" kamen sie in ein Gespräch über diese Frage.

„Jawohl," sagte Kramer. „Die Möglichkeit wäre vorhanden gewesen. Aber Ihnen ist eben das sogenannte Bergmannsglück an der Nase vorbeigegangen.

„Wieso?" fragte Karl.

Ohne hierauf eine Antwort zu geben, sagte der Ingenieur: „Sind Sie froh, daß Sie wegkommen. Es gibt hier vielleicht noch Umstände, bei denen Sie sich Ihre reine Wäsche beschmutzen könnten. Und ob Sie das Talent haben, Dreck auszubaden, ohne den Schmutz in Erscheinung treten zu lassen, möchte ich bezweifeln. Dazu gehören robustere Naturen. Auch ich will weg. Wer an meine Stelle kommt, ist noch nicht bestimmt. Ich soll eine fertige Anlage bekommen, einzelne Schächte sind tief und als Direktor eines Kaliwerks werde ich wohl mein Leben verschleißen. Von unserer Firma bleibt hier der Bohrmeister Brohl von Turm 6. Er wird Steiger und hat der Firma übe das Voranschreiten des Schachtbaues zu berichten. Nun wissen Sie wohl, wie der Hase läuft."

Karl nickte. Als er nach Haus kam, schrieb er sofort wegen Anstellung an die ihm angegebene Adresse. Die Antwort fiel im bejahenden Sinne aus und am 1. Oktober sollte er eintreten. Bloß eine Klausel machte ihm schwere Kopfschmerzen. Diese lautete: „Vorbehaltlich Ihrer Bestätigung durch die Kgl. Bergbehörde erhalten Sie diese Stellung."

Ingenieur Kramer, demgegenüber er seine Besorgnis aussprach, die Bergbehörde würde Schwierigkeiten machen, beruhigte ihn. Seitdem man Ihnen die Verpflichtung verweigerte, sind mehr als 18 Monate ins Land gegangen. Von Schlesien haben Sie gute Papiere, in Sachsen sind Sie gar nicht in den Akten der Bergbehörde gekommen und Ihre Sache ist längst vergessen. Wenn Sie dort von der Zeche vorgeschlagen werden, ist die Bestätigung sicher. Trotzdem hatte er Sorgen, die ihm jedoch auch die Frau ausredete. „Bergrat Sander hat eine weitreichende Hand", sagte sie. „Der wird schon für unser Fortkommen sorgen."

Das glaubte Karl nun auch, denn zur Hochzeit hatten sie von Bergrats eine ganze Menge erhalten. Ihm persönlich gab der Bergrat den Schuldschein zurück und ermahnte ihn nur, seine Pflichten gegen Staat und Familie gewissenhaft zu erfüllen und vorwärtszustreben.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Aussprache über das Parteiprogramm.

Im Distrikt 4 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist nach dem Vortrage des Referenten Dr. Kayser folgender Beschluß gefaßt worden:

Das neue Programm soll außer einer allgemeinen Einleitung ähnlich derjenigen des Erfurter Programms und des neuen Entwurfs nur eine programmatische Erklärung der grundsätzlichen Forderungen der sozialdemokratischen Partei etwa in folgender Form enthalten:

1. Die Arbeit ist die allein berechtigte Quelle des Einkommens.
2. Die Schätze der Natur und die zu ihrer Verwertung nötigen Produktionsmittel dürfen nicht Eigentum Einzelner sein, die hierdurch ein Monopol zu arbeitsloser Bereicherung und zur Ausbeutung der arbeitenden Klassen erhalten, sondern sind in den Besitz der Gesamtheit überzuführen.
3. Durch den allgemeinen Fortschritt, insbesondere durch die enorme Entwickelung der Technik, ist die Arbeitsergiebigkeit zu solcher Höhe gelangt, und durch die planvolle Regelung der gesamten Wirtschaft weiter so sehr zu steigern, daß allen Mitgliedern der Gesellschaft bei normaler Arbeitsleistung eine den Anforderungen des Kulturmenschen entsprechende, auch für die Tage der Arbeitsunfähigkeit ausreichende Lebenshaltung zu ermöglichen ist.
4. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist so zu bemessen, daß für den Lebensgenuß sowie für die freie Betätigung auf geistigem Gebiete und auf dem der Körperpflege genügender Raum übrig bleibt.
5. Der Staat, d. h. die Verwaltung der organisierten Gesellschaft, hat allen mündigen Bürgern in der Form der demokratischen Republik ohne Unterschied des Geschlechtes, der Abstammung und des Glaubens gleiche Rechte und gleiche Pflichten zu gewährleisten.
6. Der Staat hat die Pflicht, für die allgemeinen Kulturaufgaben, wie Unterricht, Rechts- und Gesundheitspflege, in weitgehendstem Maße Sorge zu tragen.
7. Ein allumfassender Völkerbund aller Länder hat durch geeignete Schiedsgerichte etwaige Streitigkeiten zu entscheiden und jede gewaltsame Handlung, speziell jeden Krieg, unmöglich zu machen.

Alle speziellen Fragen und Forderungen der Partei sind gemäß dieser Grundsätze alljährlich nach den augenblicklichen Bedürfnissen durch Parteitagsbeschlüsse zu erledigen.

Die Streikwelle in der Landarbeiterbewegung.

In einigen Teilen Deutschlands regt es sich in den letzten Wochen unter den Landarbeitern bedenklich. Der Drang, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen, ist stark und begreiflich. Er führte teilweise zu partiellen Streiks, die allerdings nicht von langer Dauer waren. Die Zeit der Ernte ist ein verhältnismäßig günstiger Zeitpunkt, gesehen vom Standpunkt des Landarbeiters, um Lohnforderungen mit Aussicht auf Erfolg geltend zu machen. Hinzu kommt das Bewußtsein, daß die Grundbesitzer durch die Steigerung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte Einnahmen erzielen und finanziell in der Lage sind, die Forderungen der Arbeiter bewilligen zu können. Es ist nicht zu leugnen, daß die Landarbeiter in verschiedenen Gauen Deutschlands von einer Stimmung erfaßt sind, die leicht zum Nährboden für lokale Streiks werden kann, zumal, wenn die Stimmung für dunkle politische Zwecke in unverantwortlicher Weise ausgenutzt wird. Den Schaden haben die Landarbeiter und ihre Organisation. Den Nutzen bei Lohnbewegungen, die von vornherein zum Tode verurteilt sind, haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig und allein die Besitzer. Noch fehlen wichtige Voraussetzungen für eine erheblich bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem Maße, die Arbeiter zu befriedigen.

Die kommunistischen Phraseure, die die Landarbeiter zur Erreichung ihrer politischen Zwecke vor ihren Wagen spannen und in einen Streik hineinjagen wollen, tun das nicht, um den Landarbeitern zu nützen und der Bewegung zu dienen. Für die kommunistischen Maulhelden kommt nur das Parteiinteresse und die Spaltung der Arbeiterschaft in Betracht. Die Kommunisten und die Grundbesitzer arbeiten sich Hand in Hand. Um Anhang in der Landarbeiterschaft zu gewinnen, versuchen die Kommunisten der Masse klarzumachen, daß nur die Führer der Organisation es sind, die die Wirtschaftskämpfe abwürgen. Systematisch wird das Vertrauen gegen die Führer untergraben. An die niedrigsten Instinkte wird appelliert. Die Leidenschaften werden aufgepeitscht. Blinde und haßerfüllte Leidenschaften sind in wirtschaftlichen Kämpfen nicht die Faktoren, die den Sieg gewährleisten. Ruhige Ueberlegung, Abwägung und Abmessung der Kräfteverhältnisse der Parteien, das richtige Einsetzen der Kräfte zur rechten Zeit und an der richtigen Stelle, das sind die Voraussetzungen der Erfolge, die nicht mit Lohnkämpfen verbunden sein müssen. Kämpfe erfordern Opfer. Es muß erwogen werden, ob die Opfer gebracht werden müssen oder ob sie erspart werden können. Die organisierten Landarbeiter und vor allen Dingen diejenigen, die genügend Verantwortungsgefühl besitzen, sollten sich darüber klar sein, daß Wirtschaftskämpfe Machtfragen sind. Bei Einleitung einer jeden Bewegung muß unter allen Umständen die Verteilung der Macht reiflich geprüft werden. Fehlt sie auf der Seite der Arbeiter oder ist sie nicht ausreichend, dann muß sie durch lebhafte Agitation gemehrt werden, dann sind an vielen Stellen Kämpfe in Form von Streiks erforderlich. Sind die Arbeiter stark genug organisiert, dann wird stets am Verhandlungstisch mehr erreicht werden als durch Streiks. Der Streik ist immer das letzte Mittel, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Erkennen die Landarbeiter die Voraussetzungen ihrer Erfolge und handeln sie danach, dann sind sie eine Macht, die von den Unternehmern in der Landwirtschaft respektiert wird und die stark genug ist, sie an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Die Redensart der Kommunisten: die Führer haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter abgewürgt, ist ebenso unwahr wie albern. Aber gewissenlos wäre es von einer Gewerkschaftsleitung, wenn sie auf Grund reiflicher Ueberlegungen zu der Ueberzeugung gekommen ist, ein Kampf sei aussichtslos und ihn dann doch beginnen würde. Wenn aber trotz aller Warnungen und Vorstellungen die Landarbeiter in den einzelnen Bezirken in Streiks treten, dann geschieht das auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Organisation muß unter diesen Umständen jede Unterstützung und Mitwirkung ablehnen. Neben der Solidarität ist die Disziplin der machtvollste Faktor in der Arbeiterbewegung, der unter den Landarbeitern nicht immer die Beachtung findet, die er verdient. Die Arbeiter in der Landwirtschaft werden sich noch daran gewöhnen müssen, wenn sie vermeiden wollen, durch Schaden klug zu werden. Das wäre ein Umweg, der nicht beschritten zu werden braucht.

Will die Landarbeiterschaft das Maß von Macht und Einfluß, dessen sie bedarf, um sich und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen zu können, dann muß sie vor allen Dingen jede Zersplitterung in ihren eigenen Reihen auf das entschiedenste bekämpfen. Alle dahingehenden Bestrebungen, von wo sie auch kommen mögen, sind entschlossen abzuweisen. Bisher haben die kommunistischen Apostel nur einen Erfolg zu verzeichnen: Die gewollte Zersplitterung der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die der Landarbeiter. Dadurch hat sie bis zu einem gewissen Grade an Macht und Einfluß verloren. Die Tatsache zu erkennen, ist wichtig für die Gesamtheit der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter. Der Deutsche Landarbeiterverband hat es bisher mit Erfolg verstanden, die Bestrebungen der Moskowiter hintenan zu halten. Für die Zukunft wird es ihm erst recht gelingen, wenn die Landarbeiter erkennen, daß die kommunistische Phrase ihnen weder Heil noch Segen bringt, sondern höchstens den Unternehmern, die sich über die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten ins Fäustchen lachen.

Die zukünftigen Tarifverhandlungen werden zweifellos ganz andere Ergebnisse im Sinne der Forderungen der Arbeiterschaft zeitigen, wenn die innere und äußere Geschlossenheit und die notwendigen organisatorischen Vorbedingungen gegeben sind. Dafür zu wirken, muß die Aufgabe eines jeden Landarbeiters sein, der es mit sich und seinen Kollegen ernst meint.

Der erste Ansatz zur Verbesserung der neuen Steuern.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Anscheinend zur Beruhigung der Oeffentlichkeit, die an den neuen Steuerplänen scharfe Kritik geübt hat, wird jetzt mitgeteilt, im Anschluß an die Körperschaftssteuer eine Beteiligung des Reiches an der Industrie durchzuführen. Die einmütige Ablehnung des bisherigen Steuerbuketts des Reichsfinanzministers bis weit in die Kreise der bürgerlichen Parteien hinein scheint also allmählich den längst erforderlichen Gesinnungswechsel bei den leitenden Persönlichkeiten vorzubereiten. Man wird die weitere Ausgestaltung der angedeuteten Pläne abwarten müssen, ehe abschließend zur Form der Sachbelastung Stellung genommen werden kann. Schon jetzt aber muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß eine Goldwertbelastung, die sich auf die Industrie beschränkt, den ländlichen Grundbesitz aber völlig unangetastet läßt, von der Sozialdemokratie auf keinen Fall hingenommen werden kann. Auch läuft es auf eine Irreführung der Oeffentlichkeit hinaus, wenn dort von einer Goldwerterfassung geredet wird, wo man durch Preisgabe einer schon bestehenden Steuer und zwar der Körperschaftssteuer jede finanzielle Mehrbelastung des Kapitals umgeht. Die Sozialdemokratie fordert eine Goldwertsteuer des ganzen agrarischen und industriellen Kapitalbesitzes nicht an Stelle, sondern neben den bestehenden und neugeplanten direkten Steuern.

Frauen als Laienrichter.

Der Reichsrat hat bekanntlich den Regierungsentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenengericht mit 31 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Diese Ablehnung ist an sich nicht so verwunderlich, da der Reichsrat ja schon öfters einen stark reaktionären Geist offenbart hat. Interessant ist aber die Begründung der Auffassung des Reichsrates. Es heißt da, die Frau sei mehr als der Mann „gefühlsmäßigen Einflüssen" unterworfen. Die Frau befinde sich öfter in einem Zustand „erhöhter Reizbarkeit". Die Frau stehe an „Entschlußfähigkeit" und an „Kraft zu energischem Durchgreifen" hinter dem Manne zurück. Die Frau verweichliche die Strafrechtspflege.

Ein Blick in die frauenreinen Gerichtsstuben zeigt zur Genüge, daß auch die männlichen Rechtsfinder des öfteren recht stark „gefühlsmäßigen Einflüssen" unterliegen. „Erhöhte Reizbarkeit" findet sich auch bei Juristen, die sonst über eine wunderbare Ruhe verfügen. Was aber die „Verweichlichung der Strafrechtspflege" betrifft, so ist zu sagen, daß die Urteile sonst sehr spartanisch gesinnter Herren oftmals recht „weichlich" und wiederum Urteile sonst ganz braver Turteltauben drakonischen Geist atmen. Weichheit und Härte des Urteils hängt von ganz anderen Dingen ab als von dem Unterschied der Geschlechter. Aber man braucht sich ja über die Ansichten des reaktionären Juristenelementes nicht mehr zu wundern. Leute, die das Argument „verzapfen", ein Mann unterwerfe sich nicht dem Urteil einer Frau, müssen als Wahrer und Pfleger des Rechtsgefühls und des Gerechtigkeitssinnes wirklich etwas recht merkwürdig erscheinen.

Die Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau.

Wie aus Bochum gemeldet wird, liegt nunmehr das Ergebnis der Wahlen zu den Arbeitskammern im Ruhrbergbau endgültig vor. Es haben erhalten: Die freien Gewerkschaften 60 924 Stimmen mit 12 Vertretern und 11 Stellvertretern, der Gewerkvereine christlicher Bergarbeiter mit 49 482 Stimmen 6 Vertretern und 5 Stellvertretern, die polnische Berufsvereinigung 20 438 Stimmen, 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der Deutsche Metallarbeiterverband 7105 Stimmen mit einem Stellvertreter und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein 3121 Stimmen mit gleichfalls einem Stellvertreter. Bei der Zählung fielen 40 196 Stimmen von drei Listen aus, die ungültig waren, weil sie nicht die notwendige Zahl von Unterschriften aufwiesen. Von den ungültigen Stimmen fielen etwa 3000 auf die syndikalistischen und 36 000 auf die unionistischen Kandidaten. Dieses Ergebnis ist außerordentlich bemerkenswert, weil es zeigt, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit den gewerkschaftsfeindlichen Charakter der Linksradikalen erkannt und ihnen in ihrer großen Mehrheit ihre Stimme entzogen haben. Daß die freien Gewerkschaften an der Spitze marschieren würden, war von vornherein zu erwarten.

Lohnkampf in der Berliner Holzindustrie?

Die Verhandlungen zwischen den Berliner Holzarbeitern und der Berliner Holzindustrie sind wegen der Weigerung der Unternehmer, den Reichsmanteltarif auch für Berlin anzuerkennen, ergebnislos abgebrochen worden. Wie der „Vorwärts" ausführt, ist infolgedessen mit einem schweren Kampf in der Berliner Holzindustrie zu rechnen.

Beamtenbund-Tagung.

Am 15. und 16. August tritt der Bundesausschuß des Deutschen Beamtenbundes in Berlin zu der Tagung zusammen, die über die Formulierungen zwischen A.D.G.B. und Afa über die Herstellung einer Einheitsfront Beschluß fassen soll. Die Tagesordnung der Beratungen ist:

1. Die Existenzsicherung des Beamtenbundes und die gegenwärtige Lage.
2. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem A.D.G.B.
3. Grundfragen des Beamtenrechts.
4. Gewerkschaftserziehung und Bildungsfragen im Deutschen Beamtenbund.

Bürgerliche Herbstparteitage.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Der dritte ordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei findet vom 8. bis 10. Oktober in Köln statt. Der Parteitag der Deutschnationalen wird vom 1. bis 3. September in München abgehalten.

Aus der Provinz Schlesien.

Erstes Schlesisches Arbeiterturn- und Sportfest.

Am vergangenen Sonntag trafen sich in Liegnitz mit Ausnahme der Oberschlesier die gesamten schlesischen Turnvereine des 14. [illegible] des [illegible] Arbeiterturn- und Sportbundes zu [illegible] Veranstaltung eines Kreisturn- und Sportfest, um auf diesem Gebiet Zeugnis abzulegen von [illegible] auf diesem Gebiet [illegible] innerhalb der Arbeitersportvereine.

Dem eigentlichen Turnfest ging ein bereits am Sonnabend stattfindender Festkommers voraus, der alle einheimischen und auswärtigen Turner und Gäste in den Sälen des Wintergartens und des Gewerkschaftshauses vereinigte, und wobei glänzende turnerische Leistungen gezeigt wurden, die so recht bewiesen, daß für die Turnkunst Schlesien nicht jener unfruchtbare Boden ist, als den man ihn gemeinhin betrachtet. Die oberschlesischen Turngenossen hatten telegraphisch Grüße und Wünsche zum guten Gelingen gesandt. Der Sonntagmorgen begann mit dem Wecken durch die Stadt nach dem Festplatz, wo von 6 Uhr ab die Leichtathleten und Geräteturner ihre Arbeit verrichteten, die zu anerkennenswerten Resultaten, ja teilweise zu vorzüglichen Resultaten, führte. Mittags, 1 Uhr, sammelte sich der Festzug am Margaretenplatz, der sich um ½2 Uhr unter dem Vorantritt mehrerer Musikkapellen durch die Stadt in Bewegung setzte und eine Beteiligung von 4000 Turnern und Turnerinnen aufwies. Der Festzug endete auf dem Festplatz, wo anschließend nahezu 1000 Turner und Turnerinnen mit Freiübungen den turnerischen Teil des Nachmittags einleiteten, der im weiteren in Geräteturnen, Faust-, Fußball, Raffball und Tambourin-Wettspielen, sowie in der Austragung der Kreismeisterschaften im Faust- und Fußballspiel bestand. In seiner Festansprache ging der Kreisvertreter, Turngenosse Döblitz, auf die Entwicklung des 14. Turnkreises ein und legte den sieghaften Aufstieg der Arbeiterturnbewegung in Schlesien dar, der auch für die Zukunft zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Stadtrat Genosse Schmidt-Liegnitz hieß im Namen der Arbeiterschaft von Liegnitz die auswärtigen Gäste auf das herzlichste willkommen und wünschte der Bewegung, unter Hinweis darauf, daß sie in Liegnitz ihren Anfang genommen, den besten Erfolg. Genosse Redakteur Kreuzburg überbrachte den Teilnehmern des Kreisturnfestes im Auftrage des Bundesvorstandes Leipzig des Arbeiterturn- und Sportbundes die herzlichsten Grüße und rief nach Beendigung seiner Ausführungen rein turnerischen Charakters den Turnern ein herzliches „Auf Wiedersehen zum nächsten Bundesturn- und Sportfest in Leipzig" zu.

Die Liegnitzer Gastgeber hatten keine Mühe gescheut, den auswärtigen Turnern den Aufenthalt in Liegnitz so angenehm wie nur möglich zu gestalten und unter Beachtung, daß dieses Kreisturnfest das erste war, das die schlesischen Arbeiterturner und -Sportler zu geschlossener Arbeit vereinigte, darf alles als gelungen bezeichnet werden. Nach Beendigung des rein turnerischen Teils vereinte in mehreren Sälen ein geselliges Beisammensein, verbunden mit Tanz und sonstigen Ueberraschungen, Gastgeber und Gäste.

Ueber die rein turnerischen und sportlichen Erfolge werden wir noch näher berichten.

Schweidnitz. Ein folgenschweres Automobilunglück ereignete sich zwischen Weizenrodau und Groß-Merzdorf. Als dort ein aus dem Schlesiertal kommendes, mit Breslauer Ausflüglern besetztes Automobil die scharfe Kurve bei der Bahnüberführung in voller Fahrt nahm, fuhr das Auto gegen die Schrankenanlage und überschlug sich, so daß seine Insassen unter ihm begraben wurden. Das Auto wurde vollständig demoliert und die Insassen schwer verletzt. Der unmittelbar vorüberfahrende Zug nach Zobten hielt an der Unfallstelle und nahm die Schwerverletzten auf, die dann nach Breslau weiterfuhren.

Lüben. 1000 Morgen Wald verbrannt. Bei Gugelwitz entstand in den Waldbeständen, die kleineren Besitzern gehören, Feuer, das bald einen mächtigen Umfang annahm. Die Lübener Dragoner und die Bewohner der Nachbarortschaften beteiligten sich eifrig an den Abdämmungsarbeiten. Auch das Dorf kam in Gefahr infolge des Flugfeuers. Ein Uebergreifen konnte verhindert werden. Der Schaden ist außerordentlich hoch.

Steinau. Beim Baden ertrunken sind in der Oder zwei Forsteleven. Einer der beiden Badenden ging plötzlich unter; als dies der andere sah, schwamm er eiligst herbei, um ihm zu helfen. Bei diesem Rettungswerk fand er selbst auch den Tod.

Landeshut. Fünf Anwesen abgebrannt. Fünf Anwesen gingen in der Kolonie Kreuzwiese in der Nähe des Ochsenkopfes in Flammen auf. Das Feuer brach bei dem Waldarbeiter Albicht aus, dessen Kinder in Abwesenheit der Eltern mit Feuer gespielt hatten. Das strohgedeckte Haus wurde im Nu eingeäschert. Das Feuer griff schnell auch auf die Nachbarhäuser über, sodaß alle fünf Anwesen bei dem herrschenden Winde innerhalb ¾ Stunden in Schutt und Asche gelegt waren. Die Besitzer sind arme Leute. Auch sind sie sehr niedrig versichert.

Reichenstein. Streik. In den der Firma H. Güttler in Reichenstein gehörenden Arsenik-Berg- und Hüttenwerken ist seit Montag, den 8. August der Streik ausgebrochen. Die Arbeiterschaft steht seit Januar mit der Firma in Lohndifferenzen. Nachdem alle Instanzen erschöpft sind, war es nicht möglich, auf friedlichem Wege eine Einigung zu erzielen.

Darum, Gewerkschaftler und Klassengenossen, tut eure Pflicht und haltet jeden Zuzug fern. Das Streikkomitee.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	10./8.	9./8.		10./8.	9./8.
amerikan. Dollar	1,28	1,24	Schweiz. Franken	7,32	7,36
englische Schilling	6,77	6,77	österr. Kronen . .	1054,85	1113,59
französ. Franken	15,79	15,74	polnische Mark . .	—,—	—,—
holländ. Gulden	3,99	4,00	tschechoslow. Kronen	98,51	96,23

Wasserstand

vom 10. August 1921.

Ratibor	0,82	Neisse (Unter-Pegel)	1,89
Krappitz	2,10	Breslau (Ober-Pegel)	4,34
Cosel	0,78	(Unter-Pegel)	—2,38
Brieg ([illegible]astenkranz)	1,27	Treschen	1,18
Kottwitz	1,87	Pöpelwitz	—0,40
Neisse (Ober-Pegel)	3,80		

Wasserwärme: 18,5°.

Vereinskalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Breslau). Freitag, den 12. August, abends 6½ Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Vertrauensmännerversammlung und der Betriebsräte der Tischlereien, Holzbearbeitungsfabriken, der Bildhauer und der Drechslereien. (Näheres siehe Inserat).

Deutscher Eisenbahner-Verband. Donnerstag, den 11. August, nachmittags 4½ Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Vollversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des D. E.-V. statt. Tagesordnung sehr wichtig. Ausweis mitbringen. Die Ortsverwaltung. J. A.: Grossmann.

Läuse [illegible] Wanzen

[illegible]

Stadt-Theater.
Gastspiel der Berliner Metter-Bühnen.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend 7½ Uhr:
Hans Albers in
Casanovas Sohn

Schauspielhaus.
Opernstraße. Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7½ Uhr:
„Das Hollandweibchen".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Die Fastnachtsfee".

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife.
Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerien-Fabrik.

Liebich-Theater
Letzte Tage!
7½ Uhr:
„Perle der Frauen"
Ritter, Westermeyer

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das vom Publikum glänzend beurteilte
August-Programm
Morgen Freitag
Ehren-Abend
für den beliebten Breslauer Humoristen
Walter Nitsche.

Apollo Lichtspiele
Neudorfstr. 35.
Eine wilde Verbrecherjagd über drei Erdteile zeigt der Monumentalfilm
Die Welt in Flammen
Nach Paris, Petersburg, Rom, in die Alpen und den Kaukasus führt uns der Abenteurer-Film in immer sich steigernder Spannung in 7 großen Akten.
Dazu:
Der tanzende Tod
Eine erschütternde Liebestragödie, 5 große Akte.

ZEPTER-KINO Kluster Str. 47
Heut letzter Tag
LE PAIN
Sydney:
Die Dirne und der **Kaschemmenbesitzer** 5 Akte
Mix und Mabel:
Die zwei **Lebenskünstler** 5 Akte

Größte Vergnügen
Sonntag Donnerstag Sonntag
TANZ
Mittwoch, Freitag und Samstag: **Gr. Konzert**
Morgen Freitag:
Gr. Sommerfest mit Ball
vom Reichsverband der Gastwirtsangestellten

Unglaublich!
Hemdenbarchent
70 cm breit aus Meter **8.50**
„Volkswohl"
Paulstraße 23.

! Frauen !
Benutzen Sie bei jetzt bei Stuhl. usw. **Stärungen** 3672
Katalog gegen 30 Pf. Marke

Schauburg Victoria-Theater Neue Taschenstrasse
Anf. 6 Uhr. Letzte Vorstellung 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
DK
Uraufführung! In beiden Theatern: Riesen-Sensations-Programm!
12 Akte **Hände hoch!** 12 Akte
Peppy, die Grisette
Die Liebe zum eigenen Chauffeur — Glänzende — Schlangenmenschen! — Hände hoch! — Der geheimnisvolle Paravent — Die schönste Frau von New-York.
Wochen-Bericht!

Das 3te Auge
Starkstrom gegen Einbruch — Kosaken, der Detektivmann — Gehein-Auge — Opium-Gespenster — Chinesenrache — Vampire der Menschheit.
Lustspiel-Einlage!
In beiden Theatern: **Napp-Nohé,** der „richtige" Komiker.

Metropol-Theater
Schmiedebrücke 36/38 an der Universität
Breslaus ältestes Lichtspielhaus
WIEDERERÖFFNUNG
nach vollständiger Renovation
Freitag
den 12. August, nachmittags 4 Uhr. 1130d

Breslau Kaiserbrücke Tel. Ring 192
Circus Angelus
Täglich
Das 25 Saisons-Programm enthaltende wahre Zirkusprogramm
Billetts nur Barasch täglich 9—5 Uhr und eine Stunde vor Beginn an den Zirkuskassen. 4077

Dampferverkehr
Sonnabend, den 13. August:
Mondscheinfahrt
auf 4 Salondampfern
nach Steine.
Während der Fahrt auf allen Dampfern Konzert.
Abfahrt: Ohlauufer — Kaiserbrücke: 1. Dampfer 6 Uhr, 2. Dampfer 6,30, 3. Dampfer 7, 4. Dampfer 7,30.
Gute Verpflegung an Bord und in Steine.
Im Parkesaal Steine:
Sommernachtsball.
Vorverkauf:
Verkehrsbüro Barasch u. Kasse der Dampferhaltestelle.

Möbel
auf Kredit
einzelne Stücke ganze Einrichtungen
preiswert und gut
Hansky & Co.
Hermannstr. 7, I.

Frauen
sich Mädchen keine Sorge bei Ausbleiben und Störung der
Monatsregel
Kleine unschädlich beruhigende garantiert unfehlbar
ohne Berufsstörung
Versand diskret mit Gebrauchsanweisung, Garantieschein, Verschlüsselung, Verpackung, Versand
Nikolaus Nordan
Hamburg 36, Fach 1

Jahrhunderthalle!
Sonntag, den 14. August 1921: 3930
Gedächtnisfeier
für die gefallenen Elite.
3 Uhr nachm.: Fahnenparade vor der Halle,
4 „ „ Feier in der Halle.
Mitwirkende: Oberorganist Reimann, Opernsänger Roth und die Musikkapelle des Inf.-Reg. 7, Obermusikmeister Kiefer.
Die Gedächtnisrede hält Herr Pastor Lonicer.
Eintrittspreise: 3.50, 4.40, 5.30, 2.50 Mk.

Gräbschener Straße 94 a. **Wartburg** Tel. Sible Nr. 732.
Musik-Diele
Kein Wiederzug — Angenehmer Aufenthalt
Heute Donnerstag **Vornehmer Ball**
Erstklassige Musik — Verführungen
Täglich Betrieb. 3535

Gesellschaftshaus Hopf & Görcke
Heute Donnerstag **Gr. Kinderfreudenfest**
Ein Tag in Tirol — Feuer-Feuerwerk.
Großes Garten-Konzert

4021

Achtung! Achtung!
Schuhwaren
Noch einmal die drei billigen Tage
Freitag * Sonnabend * Montag
Jedes Paar ein Gelegenheitskauf.
Schwarze Damen-Lackschnürschuhe m. Lackkappe, elegante Form Mk. 130, 150, 170, **190**
Braune Damen-Lackschnürschuhe tadelloser Sitz, elegante Form Mk. 210, 230, **250**
Schwarze und braune Spangenschuhe Mk. 170, **130**
Schwarze Herren-Lackschuh- und Chevreaux-Schnürschuhe mit Lackkappe, Goodyear-Welt Mk. 260, **225**
Braune Herren-Lackschuh- und Boxkalb-Schnürschuhe Mk. 225, 240, **250**
Schuhgroßgeschäft Graupen 5, 3934

Der wahre Jakob.
Heft 60 Pfennige

Etabliss. Wilhelmsburg Neudorfstraße 54.
Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Großes Tanzvergnügen! 3783

Freitag u. Sonnabend:

Hammelfleisch	Pfd.	10.00
Hammelkeule	„	12.00
Kalbfleisch	„	11.00
Kalbskeule	„	13.00
Rindfleisch (Suppenfleisch)	„	10.00
Rindfleisch ohne Knochen	„	12.00
Schweine-Rauchfleisch amerikanisch	„	11.00
Schweine-Rauchfleisch Schinken	„	14.00

sowie folgende
Wurstwaren
zu Ausnahmepreisen:

Knoblauchwurst	Pfd.	10.00
Leberwurst	„	10.00
Preßwurst	„	14.00

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, 1. Etg.
2337 Fernspr.: Ring 2915.

für **kleine Kinder** in der
Kinderausstattung
Übermeyer's Bedfinder bringe in empfehlende, sie mitt gerade zu Bezieher. H. Erichsen, Glatzer. Zur Nachbehälg. Herbe-Grunz
Pflegl. zu empf. Zu hab. in all. Apoth. Drog. u. Parf. 4022

L. Rosner
Spezialhaus
für
Wohnungseinrichtungen
Gartenstraße 3
am Sonnenplatz
3784

Stinnes *Neu!*
und seine neue Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine Sturm interessanten Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Anfänge schildert, zeigt seine ganze unglaubliche Macht, seine Beziehungen, Tentakel und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung „Volkswacht"
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Sonntag, den 14. August 1921
im Garten und in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses:
Feier des 25jährigen Bestehens
der **Bezirksstelle Breslau** des
Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.
Garten-Konzert,
Festansprache des Betriebsleiters Kollegen Otto Fritsch, Liegnitz, Verlosung, Kinderbelustigung, Tanz in beiden Sälen u. a. m.
Einlaß 3 Uhr. **Anfang 4 Uhr.**
Programme, die als Einlaßkarten gelten, 1,15 Mk. im Verbandsbüro, bei den Hilfskassierern und in den Vorverkaufsstellen:
Restaurant und Stubbierhalle Gewerkschaftshaus.
Restaurant Soika, Lentheństr. 12/14, „Weiberkrücke", Lentheństr. 34, Friseur Kandler, Lentheństr. 12/14, Restaurant „Zum weißen Roß", Neue Weltgasse 44, Restaurant von Freier, Michaelisstr. 8, erhältlich.
Kinderkarten zum Preise von 60 Pf. an der Kasse.
Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie alle Freunde und Gönner des Verbandes laden freundlichst ein 3949
Das Fest-Komitee. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Freitag, 12. August, abends 6½ Uhr,
im Zimmer 7/8 des „Gewerkschaftshauses":
Vertrauensmänner-Versammlung
und der Betriebsräte der Tischlereien, Holzbearbeitungsfabriken der Bildhauer und der Drechslereien.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu der Teuerung und den notwendigen Forderungen.
2. Verschiedenes.
Kollegen, es muß die kleinste Werkstatt vertreten sein. Aus jeder Werkstatt ein Vertrauensmann. Mitgliedbücher mitbringen zur Kontrolle.
Die Verwaltungsstelle Breslau.

AUSSCHNEIDEN
Kauf! Verkauf! Höchste Beleihung von Brillanten und Werten jeder Art
F. Sonnenfeld Breslau Ohlauerstraße 9-12 Tel. 55
HALT!
3117

Die gegen Frau **Beisig,** Matthiasstraße 23, getanen Äußerungen nehme ich hiermit zurück und leiste Abbitte.
R1 **Luise Elbert.**

Die tätliche und mündliche Beleidigung gegen den Hauswirt **Gustav Habel,** Marschwitz, nehme ich m. Bedauern zurück u. leiste Abbitte. **W. Bus.**

Möbel
zu enorm billigen Preisen. Größte Auswahl in **Schränk.,** Vert., engl. Bettst., Schlafzimm., Küch., Sof., Chaiselong., auch Teilzahlung, bei
J. Eisinger
Schweidnitz. 1, neben Theater

Arbeitsmarkt

Maurer
für bald gesucht. 3936
Baugeschäft Just, Hedwigstr. 36.

Zeitungs-Trägerinnen
für Kaiser-Wilhelmstraße u. Sandthlener Tor sofort gesucht. Meldungen in der Expedition der
„Volkswacht" Flurstr. 4/6

Zuschneiderinnen
für Damen-Wäsche, auch aus der Engros-Branche, werden zum baldigen Antritt für Dauerstellung gesucht.
Leinenhaus Bielschowsky,
Nikolaistraße 74. 3932

Geübte Näherinnen
für Damen-Nachtjacken und Nachthemden finden dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen. Meldungen, möglichst mit Probearbeit, 2 Stock, Ablieferung.
Leinenhaus Bielschowsky
Nikolaistraße 74.

Tüchtige O367
Schneiderin
(Gehaterbeiterin)
findet dauernde Beschäftig. bei Hermann Frenzel, Breitenstraße 24.

Inserate
erzielen in der **Volkswacht** den größten
Erfolg!

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Bock. — Druckerei: Flurstraße 4. — Verlagsdruckerei: Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. August.

Die Uebergangsbestimmungen für den Steuerabzug.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Neuregelung des Steuerabzuges, die durch das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 geschaffen ist, erhält erst vom 2. Januar 1922 an voraussichtlich Gesetzeskraft. Bis dahin gelten, und zwar vom 1. August 1921 ab, **Uebergangsbestimmungen**, durch welche die im Gesetz festgelegten **Vergünstigungen** den Arbeitnehmern schon jetzt zugute kommen sollen. Die Uebergangsbestimmungen bezwecken in der Hauptsache, daß jetzt schon eine einheitliche Anrechnung der nach § 13 ESG. zugelassenen Abzüge für Werbungskosten, Versicherungsbeiträge usw. erfolgt und zwar mit Rückwirkung vom 1. April 1921. Die einheitliche Anrechnung der Abzüge für Werbungskosten usw. bewirkt nun, daß bei der Feststellung des Steuerabzuges, die sich bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes nach den bisherigen Bestimmungen zu richten hat, ohne Ausnahme der Bruttolohn zugrunde zu legen ist. Es mußte daher auch die bisher vorgeschriebene Befreiung der Ueberstunden vom Steuerabzug wieder aufgehoben werden und der Steuerabzug nunmehr streng nach dem Gesetz, das keine Ueberstundenbefreiung kennt, gehandhabt werden. Weiterhin können nunmehr die Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge nicht mehr vor der Ermittlung des Steuerabzuges abgerechnet werden, weil eben der ganzen Berechnung der Bruttolohn zugrunde zu legen ist. Durch die geschlossene Abgeltung aller nach § 13 ESG. zugelassenen Abzüge sind die Versicherungsbeiträge ohne Ausnahme mit einbegriffen.

Nachdem der Steuerabzug (10 v. H.) unter Beachtung vorstehender grundlegender Aenderung vom Bruttolohn ermittelt worden ist, d. h. nachdem die nach den geltenden Bestimmungen freizulassenden Lohnteilbeträge

je 4 Mark täglich,
24 Mark wöchentlich,
100 Mark monatlich für Mann und Frau
bezw. 6 Mark täglich,
36 Mark wöchentlich und
150 Mark monatlich für jedes zur Haushaltung gehörende minderjährige Kind

abgesetzt worden sind, müssen zur Abgeltung der mehrfach erwähnten Abzüge nach § 13 ESG. noch
0,60 Mark bei Tagesentlohnungen,
3,60 Mark bei Wochenentlohnungen und
15,— Mark bei Monatsentlohnungen
von dem ermittelten Steuerbetrag abgesetzt werden.

Das folgende Beispiel soll nunmehr zeigen, wie ein Arbeitgeber bei allen nach dem 1. August 1921 fällig werdenden Lohn- oder Gehaltszahlungen zu verfahren hat.

Beispiel A:

Verheirateter Arbeitnehmer mit vier minderjährigen Kindern und einem Wochenlohn von 350 Mark.

Wochenlohn	350,— M
Davon abzugsfrei (2×24,— und 4×36,—	192,— „
Rest	158,— M
Hiervon 10 v. H.	15,80 M
Davon zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 EStG.	3,60 „
Demnach einzubehalten	12,20 M

In dieser Weise gestaltet sich das regelmäßige Abzugsverfahren. In denjenigen Fällen aber, in denen einem Arbeitnehmer in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Juli 1921 vom Lohn oder Gehalt aus irgendeinem Grunde entweder keine Beiträge für Werbungskosten, Versicherungen usw. oder nur die Beiträge zur Krankenkasse, Invaliden- oder Angestelltenversicherung abgezogen worden sind, können ihm für diese vier Monate aber nur in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Oktober 1921 folgende höhere Abgeltungssätze zum Ausgleich abgezogen werden:

1,40 Mark bei Tagesentlohnungen,
8,40 „ „ Wochenentlohnungen und
35,— „ „ Monatsentlohnungen.

Beispiel B:

Der gleiche Arbeitnehmer.

Wochenlohn	350,— M
Davon abzugsfrei (2×24,— und 4 × 36)	192,— „
Rest	158,— M
Hiervon 10 v. H.	15,80 M
Davon ab zur Abgeltung der Abzüge nach § 13 (als Ausgleich für April bis Juli 1921)	8,40 „
Demnach einzubehalten	7,40 M

Nach dem 31. Oktober 1921 gilt dann aber wieder der aus dem ersten Beispiel ersichtliche **einfache** Satz für die Abgeltung der nach § 13 ESG. zulässigen Abzüge.

Als weitere Uebergangsmaßnahme hat der Reichsminister der Finanzen zugelassen, daß diejenigen Arbeitnehmer, die jetzt schon mittellose Angehörige zu unterhalten haben, eine Erhöhung des abzugsfreien Teiles beim Finanzamt beantragen können.

Hervorzuheben ist noch, daß das neue Gesetz keinen Unterschied mehr zwischen einem „ständigen" oder „nichtständigen" Arbeitsverhältnis kennt. Damit aber auch den in einem nichtständigen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeitnehmern — als solche kämen Schiffsheuer oder andere auf einzelne Stunden beschäftigte Leute in Frage — die nach § 13 ESG. zugelassenen Abzüge angerechnet werden können, ist in diesen Fällen der Abzug in folgender Weise vorzunehmen: Bis zum 1. Januar 1922 wird bei der Steuerbehandlung des Einkommens aus nichtständigem Arbeitsverhältnis wie bisher verfahren. Es werden also 10 v. H. des Arbeitslohnes einbehalten. Für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 werden zur Abgeltung der mehrfach erwähnten zulässigen Abzüge für je zwei Stunden 40 Pfg. von dem ermittelten Steuerbetrage abgesetzt. Nach dem 31. Oktober 1921 sind dagegen für diesen Zweck nur 15 Pfg. für je zwei Stunden abzusetzen. Die Anrechnung des steuerfreien Teiles für die Personen, die durch das neue Gesetz auch für „Stundenlöhner" (Gelegenheitsarbeiter) möglich gemacht worden ist, findet ohne Ausnahme erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes Anwendung.

Bei Krankheitsfällen, Arbeitseinstellungen, Streiks usw. wurden nach dem bisherigen Recht die entsprechenden Abzüge nachträglich vorgenommen. Nunmehr ist die nachträgliche Anrechnung durch einen neuen Erlaß zugleich mit der Aufhebung der Abzugsfreiheit für Ueberstunden außer Kraft gesetzt worden.

Nachträgliche Abzüge sind nicht mehr möglich.

Keiner Dienstaufwand bleibt auch nach dem neuen Gesetz einkommensteuerfrei und deshalb befreit vom Steuerabzug.

Durch die Uebergangsbestimmungen ist das Steuerabzugsverfahren vom Arbeitslohn zunächst endgültig bis zum 1. Januar 1922 geregelt. Für die Abführung der abgezogenen Steuerbeträge sind die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

Zum Lohnkampf in der Damen-Konfektion.

Jeder Tag bringt der arbeitenden Bevölkerung neue Lasten. Alle Artikel steigen ins Ungeheuerliche. Besonders übel daran sind die Arbeiterinnen in der Damenkonfektion. Die niedrigsten Löhne sind hier an der Tagesordnung. Schon im März teilten sie den Fabrikanten mit, daß eine Lohnerhöhung am 1. August eintreten muß. In der Hälfte des Juni werden die Fabrikanten abermals ersucht, die tariflichen Zuschläge von 15 Prozent und 17 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen. Die Fabrikanten lehnen die Forderung ab und die Arbeitnehmer beantragen am 20. Juli nochmals eine Erhöhung ihrer Lohnsätze. Die Fabrikanten antworten garnicht darauf, die Teuerungswelle ist ihnen, soweit ihre Arbeiterinnen in Betracht kommen, Hekuba. Der Schlichtungsausschuß wird angerufen, der aber mit der Sache nichts anzufangen weiß. Er schickt beide Parteien wieder nach Hause, mit dem Auftrag an die Arbeitnehmer, eine Aufstellung der Löhne für Berlin und Breslau vorzunehmen.

Eine zweite Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß findet statt. Der Vorsitzende stellt an Hand der Aufstellung fest, daß ein großer Lohnunterschied vorhanden ist. Die Fabrikanten lehnen jede Lohnerhöhung ab, sprechen von unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, von Kontraktbruch u. a. m. Sie erklären weiter, daß die Arbeiterinnen nicht berechtigt sind, Lohnforderungen zu stellen, da keine leistungsfähigen Arbeiterinnen in der Damenkonfektion in Betracht kommen.

Das alles dürfen sich die Damenmäntelfabrikanten erlauben. Der Schlichtungsausschuß sagt nichts dazu. Er ist in seiner Haltung den Fabrikanten gegenüber sehr gemäßigt. Die Arbeitnehmer machen Vermittlungsvorschläge, die aber vom Schlichtungsausschuß nicht aufgegriffen, und von den Fabrikanten natürlich abgelehnt wurden. Der Schlichtungsausschuß ist ratlos.

Zum Schluß kommt ein ganz ungenügender Vorschlag heraus, daß ab 1. September ein kleiner Zuschlag gegeben werden soll, für die weitere Verteuerung ist nichts vorgesehen. Nachdem die Arbeitnehmervertreter darauf aufmerksam machen, droht auch dieser Vorschlag wieder in die Brüche zu gehen.

Dieses Spiel wird sich auch in anderen Branchen und Berufen wiederholen, nur in neuer Aufmachung, und man muß sich fragen, wie lange das noch gehen soll? Mit der Arbeiterschaft wird gespielt, wenn sie sich auf den Schlichtungsausschuß verläßt. So können die Dinge in Zukunft nicht weitergehen. Entweder bringt man den Beweis, daß eine tatsächliche Verteuerung nicht eingetreten ist, oder man paßt sich den neuen Verhältnissen an und gibt den Arbeitern, was sie notwendig zum Leben brauchen. Geschieht das nicht, so wird letzten Endes der Kampf darüber entscheiden müssen. Die Damenkonfektionsnäherinnen sollen heute Donnerstag Abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses dazu Stellung nehmen.

Der Kampf der Bäcker gegen die Nachtarbeit.

Jahrzehntelang haben die Bäckergesellen um die Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit gekämpft. Der dauernde Druck des Verbandes und der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Nöten brachten endlich die Erfüllung dieses Wunsches. Zur Zeit sind aber Kräfte am Werke, die diese Errungenschaft wieder hinfällig machen wollen. Hiergegen müssen sich sowohl die Bäckergesellen als auch die Bäckermeister mit aller Energie wehren.

Um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, hatte der **Verband der Bäcker und Konditoren** sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber im Bäckerberuf nach dem Gewerkschaftshause eingeladen.

Stadtverordneter Kollege **Bosse** schilderte die gegenwärtigen Verhältnisse und protestierte entschieden dagegen, wenn bei einer Revision verschiedener Betriebe sowohl Sonntagsarbeit als auch Nachtarbeit geleistet werde. Ebensowenig ist die Notwendigkeit einzusehen, daß die Behörde der Firma Viol die Erlaubnis erteilte, daß sie Nachts backen dürfe. Dies alles sind die Anfänge, die wieder zu dem unwürdigen Verhältnis führen, unter dem die Bäckergesellen in früheren Zeiten so schwer geseufzt haben. Die Arbeitnehmer und auch ein großer Teil der Arbeitgeber werden es nie wieder zulassen, daß die alten Verhältnisse wiederkehren. Einstimmig wurde folgende **Entschließung** angenommen:

Die am 10. August 1921 versammelten Bäckergesellen und Bäckermeister protestieren ganz energisch gegen die Durchbrechung der Verordnung über die Nacht- und Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe. Sie erwarten von den Regierungs- und Kommunalbehörden sowie Gewerbeaufsichtsbehörden, daß gegen die Gesetzesverächter in schärfster Form vorgegangen und jeder Uebertretungsfall der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht wird.

Die Bäckergesellen, sowie Bäckermeister Breslaus geloben, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß niemals die Angehörigen des Bäckergewerbes durch die Nacht- und Sonntagsarbeit wieder zu Menschen dritten Standes herabgewürdigt werden.

Mit der Mahnung, treu zur Organisation zu halten und für ihre Ausbreitung zu sorgen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung, zu der auch eine Reihe Meister erschienen waren.

25 Jahre Deutscher Textilarbeiter-Verband in Breslau.

Im selben Jahre, in dem die Bezirksfiliale Breslau den Delegierten vom ganzen Reiche zur Generalversammlung Gastrecht gewährte, kann diese auf eine 25 jährige Arbeit zurückblicken. Viele, auch von anderen Gewerkschaftlern, Angestellte wie auch im Beruf Stehende, werden sich der Arbeit erinnern, die auch sie für die hiesige Filiale des D. T.-V. geleistet haben. Steinig und mühevoll war diese Tätigkeit für und unter der Textilarbeiterschaft, bis die neue Zeit ihr den Weg wies. Aber noch lange dürfen wir uns nicht einbilden, daß alle, die zu uns gekommen sind, Gewerkschaftler sind; vieler Arbeit und Mühe wird es noch bedürfen, um die Hirne so zu bilden, daß sie erkennen, daß die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft nur in der geschlossenen Front innerhalb der Gewerkschaften errungen werden kann. Hoffentlich trägt die Feier des 25 jährigen Bestehens am kommenden Sonntag mit dazu bei, Vorhergesagtes zu bekräftigen. Alle Freunde und Gönner unserer Sache werden gern in unserem Kreise einmal einen Rückblick tun und sich freuen an unserem Aufstieg. Alle unsere Mitglieder aber haben die Pflicht, mit ihren Angehörigen an diesem Ehrentage teilzunehmen um von Neuem das Bekenntnis abzulegen, daß wir nur durch freie Berufsorganisation ans Ziel unserer Wünsche gelangen können. (Näheres heut und Sonnabend im Anzeigenteil.)

Wie stehen die schlesischen Metallarbeiter?

Nachdem auch in Oberschlesien die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter ihre Erledigung gefunden haben, liegt das Gesamtresultat für Schlesien vor. Es sind gewählt: Richtung SPD. 26, USP. 7 und KPD. 5 Delegierte.

Die abgegebenen Stimmen für **Amsterdam** betragen 8940, die für **Moskau** 2397.

Vorstellung im Schauspielhause.

Für die Sonntag-Nachmittagsvorstellung im Schauspielhaus sind Billetts gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, zu haben. Zur Aufführung gelangt: „Die Faschingsfee".

Zur neuen Milchpreiserhöhung.

Das Presseamt des Magistrats schreibt uns:

So dankenswert es ist, daß von den Vertretungen der Landwirtschaft in Schlesien wiederholt erklärt worden ist, daß man eine **Erhöhung** des Milchpreises **bedauere** und daß die Landwirtschaft kein Interesse an einer solchen Milchpreiserhöhung habe, so wird es andererseits in weiten Bevölkerungskreisen nicht recht verstanden werden, daß zu gleicher Zeit doch von dem Milchproduzentenverein eine **Preiserhöhung beschlossen** worden ist, die um nur 10 Pfg. — nicht 20 Pfg., wie in einer von den Tageszeitungen wiedergegebenen Erklärung des Milchproduzentenvereins gesagt ist — hinter der Preiserhöhung zurückbleibt, die die Molkereien kürzlich durchgesetzt haben.

Der Vorsitzende des Milchproduzentenvereins hatte einen Preis in Vorschlag gebracht, der um 20 Pfg. hinter dem Molkereipreise zurückblieb. Leider ist diesem Vorschlage nicht gefolgt worden. Es wird nun nicht etwa von den Landwirten gesagt werden können, daß ihre Abstandnahme von Preiserhöhungen doch zwecklos sei, weil die Molkereien den höheren Preis erhalten und infolgedessen der Kleinhandelspreis entsprechend bemessen werde. Da noch immer der überwiegende Teil unserer Milchzufuhren nicht aus Molkereien herrührt, sondern von Milchproduzenten geliefert wird, hätte sehr wohl die Möglichkeit bestanden, auf den Groß- und Kleinhandel dahin einzuwirken, daß der Milchpreis 2,80 Mark nicht überstiegen hätte, wenn die Produzenten ihre Preisforderung beschränkt hätten.

Im übrigen haben die Vertretungen der milcherzeugenden Landwirte zugesagt, sich dafür einzusetzen, daß der jetzt geltende Preis mindestens bis zum 1. Oktober erhalten bleibt, und wir wollen hoffen, daß es ihnen gelingt, auch auf die Molkereien in diesem Sinne einzuwirken.

Das Inselwäldchen bei Breslau.

Unterhalb des Nadelwehres von Wilhelmshafen und gegenüber von Barteln liegt am linken Ufer der Oder ein hübsches, frischgrünes Wäldchen, das die Blicke aller Naturfreunde auf sich zieht, die in Wilhelmshafen Rast halten und den Strom überschauen. Fast märchenhaft und wundersam mutet es die Beschauer an. Es liegt so einsam da, so abgeschlossen und unnahbar, als ob ein Dornröschen darin verborgen seinen hundertjährigen Zauberschlaf hielte. Kein Pfad führt zu ihm hinüber; denn das Nadelwehr darf niemand beschreiten, und kein Nachen stößt vom sicheren Strand, kein Schiffer lenkt die Fähre.

Früher hieß es allgemein **das Ottwitzer Wäldchen**, denn es gehörte zur Feldmark von Ottwitz. Zum Zwecke der Kanalbauten erwarb es der Staat, und seitdem zwischen Neuhaus und Ottwitz der Breslauer Schiffahrtskanal fertiggestellt worden ist, liegt das Wäldchen auf einer Insel und kann mit Recht als Inselwäldchen bezeichnet werden. Drei Viertel desselben sind mit Wald bestanden, welchem östlich freie Wiesenflächen von etwa 60 Morgen Fläche vorgelagert sind. Ein schlichtes Haus steht am Waldesaum, das früher dem Wasserbauamte als Plankammer und Schreibstube diente, dessen Räume aber jetzt von zwei Familien Angestellter des Wasserbauamtes bewohnt werden. Verborgen und abseits liegt der einzige Zugang zu diesem Inselwäldchen; es ist dies ein Weg, der von der Neuhaus-Ottwitzer Straße abzweigt und am Schleusenhäuschen vorbei über die Kanalbrücke zum Inselwalde führt. Angenehm und erquickend ist der Aufenthalt im Schatten der dichtbelaubten Waldbäume. Es fehlt nur an einigen Bänken zur stillen Rast und Ruhe. Die Sektion Osten des **Breslauer Verschönerungsvereins** besuchte bei ihrer letzten Begehung mit etwa 30 Mitgliedern den schönen Waldplatz. Allgemein wurde dem Verlangen Ausdruck gegeben, dieses Inselwäldchen zugänglicher zu machen. Eine Kahnfähre von Wilhelmshafen aus ist dazu dringend nötig. Der Vorsitzende der Sektion, Rektor **Schmeißer**, übernahm es, bei der zuständigen Staatsbehörde des Oberpräsidiums vorstellig zu werden und die Genehmigung zum Betreten des Wäldchens und zur Einrichtung einer Kahnfähre daselbst nachzusuchen. Nach erteilter Genehmigung würde der Verschönerungsverein an einigen hübschen Plätzen des Inselwäldchens ein paar schlichte Naturholzbänke aufstellen und, wo es nottut, auch die vorhandenen Waldpfade etwas ebnen und verbessern. Echte Naturfreunde werden dort stets in der friedlich stillen Natur des Inselwäldchens Friede, Freude und Erholung finden. Besonders schön ist der Blick von der nordöstlichen Inselspitze über den Oderstrom nach dem schönen Laubwalde der Strachate.

Hotels zu Geschäftshäuser.

Der Minister für Volkswohlfahrt hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für den Umfang des Preußischen Staates angeordnet, daß die Verwendung von Hotels zu anderen Zwecken als denen des Hotelbetriebes, insbesondere zu Geschäfts- und Bürozwecken, der Genehmigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde bedarf. Da in Breslau bereits mehrere Hotels zu Geschäftszwecken verkauft worden sind, und da infolgedessen die Unterkünfte für Fremde erheblich beeinträchtigt worden sind, hat der Magistrat den Regierungspräsidenten gebeten, weitere Verkäufe oder Verwendung von Hotels für Geschäfts- und Bürozwecke nicht mehr zuzulassen, weil sonst Breslau als Fremdenstadt leiden und wirtschaftlich geschädigt werden würde.

---

* **Abteilung Pöpelwitz** (Distrikt 9 und 41). Morgen abend 7 Uhr: Abteilungsversammlung bei Bräuer, Pöpelwitzstraße 36. Anschließend Fahnenweihe. Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist notwendig. Mitgliedsbuch ist Ausweis.

* **Distrikt 11.** Sonntag, den 14. August 1921, großes Garten- und Kinderfest. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Gäste willkommen.

* **Achtung! Distrikt 23!** Sonntag, den 14. August 1921, nachmittags 2 Uhr, Treffpunkt: Brausebad Tiergartenstraße, von da Ausflug nach der Erholungsstätte der Krankenkasse Gräneiche-Zimplerweg unter Teilnahme der Arbeiter-Jugend nebst Musikkapelle. Kinderbelustigung und [illegible] für Herren und Damen. Bei Regenwetter wird der Ausflug 14 Tage später gemacht.

* **Arbeiter-Jugendverein, Heim [illegible].** Sonntag, den 14. August, findet ein **Tagesausflug** nach Wildschütz statt. Treffpunkt früh 6½ Uhr am Westpark (Endstation der Straßenbahn). Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Eltern werden [illegible] dazu eingeladen.

* **Das Büro der [illegible]stelle** ist von [illegible]straße 16 nach Junkernstraße [illegible], [illegible] Hof, [illegible] Stock, verlegt worden.

* **Orchester-Verein.** Das heutige **Südpark-Konzert** leitet Herr H. **Behr**. Zur Aufführung kommt u. a. die D-moll-Symphonie von Schumann.

* **Ein Dachstuhlbrand** brach am [illegible] nachmittags 6½ Uhr, in dem Hause [illegible]straße [illegible] („[illegible] Danzig") aus, mit dessen Ablöschung die Feuerwehr bis 8 Uhr [illegible] Min. zu tun hatte. Eine Anzahl Bodenkammern brannte aus; der hintere Teil des Dachstuhls ist vernichtet. Die Entstehungsursache konnte nicht ermittelt werden.

* **Vermißt** wird seit dem [illegible] der [illegible] **Emil Graber** von Glogauer Straße 13. Der 73 Jahre alte Mann ist mittelgroß, hat weißes Haar, braune Augen und trägt graues Jackett, blaue Weste, dunkelgestreifte Hose, dunkelgrauen Filzhut und [illegible] Schnürschuhe.

* **Ein Taubendiebstahl** [illegible] wurde am [illegible] in dem Grundstück Schleiermacher[illegible] 15, und es sind daraus 10 Brieftauben gestohlen worden. [illegible] Nummern 303, 1205, [illegible], 1201, [illegible], 1900, [illegible], 1900, 278.

Verband schlesischer Krankenkassen.

Am Sonntag hielt der Verband schlesischer Krankenkassen in Paschkes Restaurant zu Breslau seine diesjährige Mitgliederversammlung mit einer umfangreichen Tagesordnung ab. Die Landesversicherungsanstalt und das Versicherungsamt der Stadt Breslau hatte Vertreter entsandt.

In einer [illegible] Begrüßungsansprache gedachte Vorsitzender Nolte besonders der Notlage der Krankenkassen im besetzten Gebiete Oberschlesien. Die von ihm vorgelegte Entschließung fand einmütige Zustimmung. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

> Durch die polnische Aufstandsbewegung ist in Oberschlesien namenloses Elend auch unter den Krankenkassenmitgliedern und den Kassenangestellten und Beamten hervorgerufen worden. Die Krankheitsfälle haben sich an Zahl bedenklich gesteigert, wodurch die Krankenkassen zu bedeutend größeren Ausgaben gezwungen sind, obwohl ihnen durch die große Arbeitslosigkeit erhebliche Beträge an Einnahmen versagt bleiben, sodaß die Existenz mancher Krankenkasse gefährdet ist.
>
> Die Versammlung macht die Reichsregierung hierdurch aufmerksam und ersucht, diesen Vorgängen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erhalten bleibt.

Sodann referierte Oberapotheker Herr Linnarz-Breslau über: „Heutige Arzneiverordnungen und Nachprüfung derselben". Der Redner empfahl bei eingehender Begründung, den Arzneiverordnungen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, bei den gegenwärtigen teuren Preisen für Medikamente, Kruken, Flaschen usw. sei eine gute Umsicht der Kassenleistung unbedingt erforderlich. Redner empfahl schließlich, auch die Pflege der Statistik in Bezug auf die Verordnungsweise der Aerzteschaft.

Nach einem Referat des Herrn Nolte über: „Die Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger und Wohlfahrtseinrichtungen" wurde die von ihm vorgelegte Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen. Diese lautet:

> Die heute am 7. August 1921 tagende Versammlung des Verbandes schlesischer Krankenkassen begrüßt die Gründung der Arbeitsgemeinschaft schlesischer Versicherungsträger und Wohlfahrtseinrichtungen, wird doch hierdurch das gute Zusammenarbeiten, das schon seit Jahren zu beobachten ist, im Interesse der Mitglieder nur noch gefördert. Die Versammlung hält mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert die Erhöhung der Zuschüsse für größere Heilmittel bis zu 150 Mark für notwendig und ersucht die Krankenkassen, eine entsprechende Bestimmung in die Satzung aufzunehmen. Ferner hält die Versammlung im Interesse der geschlechtskranken Mitglieder es für notwendig, in die Krankenordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die es den Kassenmitgliedern zur Pflicht macht, den Anordnungen der Beratungsstelle Folge zu leisten. Die seit den Kriegsjahren beobachtete erhebliche Vermehrung der Krankheitsfälle an Tuberkulose macht den Krankenkassen große Sorge. Die Versammlung erkennt die Aufbringung größerer Mittel zur Bekämpfung dieser Volksseuche an und macht es den Krankenkassen zur Pflicht, außer ihren bisherigen [illegible] Zuwendungen pro Mitglied und Jahr 6 Pfennig zu leisten.

Der Verband schlesischer Krankenkassen hat gemeinsam mit dem Landkrankenkassenverband und den Innungskrankenkassen mit den Landesverbänden Schlesiens des Bundes deutscher Krankenkassen, Beamte und Angestellte (Sitz Zeitz) und dem Reichsverband der Büro- und Behördenangestellten (Sitz Essen) ein Tarifabkommen geschlossen, in welchem die Kassen nach ihrer Größe in Klassen eingeteilt sind, und eine Gruppierung der Beamten und Angestellten nach der Reichsbesoldungsordnung vorgenommen wurde. Dieses Tarifabkommen fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung. In der Aussprache wurde die Zurückhaltung der Oberversicherungsämter, dieses Tarifabkommen bei ihrer eventuellen Entscheidung zu Grunde zu legen, scharf beurteilt. Hierzu wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

> Die am 7. August in Breslau tagende Hauptversammlung schlesischer Krankenkassen bedauert lebhaft, daß die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten bei den meisten Krankenkassen noch nicht zur Durchführung gekommen ist, und irgend welche maßgebende Grundsätze für die sach- und zeitgemäße Bearbeitung dieser äußerst wichtigen Angelegenheit seitens der Versicherungs- und Oberversicherungsämter nicht bestehen.
>
> Die Versammlung bittet daher die Verbandsleitung, dieser Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Oberversicherungsämter zu ersuchen, bei Prüfung der Dienstordnungen den abgeschlossenen Tarifvertrag mit Ergänzung einheitlich zu berücksichtigen.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung, an der sich am Montag, den 8. August, eine Geschäftsführerversammlung anschloß, hörten die Versammelten noch vom Geschäftsführer Lauff-Essen den Bericht über den Verbandstag des Gesamtverbandes in Freiburg-Br. und über die beabsichtigte Aenderung der Reichsversicherungsordnung, von Geschäftsführer Volke-Glatz über Gewährung von Ruhegehalt an Beamte und Angestellte, und von Geschäftsführer Schulz-Namslau über Rechnungswesen und allgemeine Verwaltungsfragen der Krankenkassen.

Um 2 Uhr schloß der Vorsitzende, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des lückenlosen Zusammenschlusses der Krankenkassen, die gut verlaufene Tagung.

* **Abendrennen in Grüneiche.** Vom prächtigen Wetter begünstigt, ging gestern das erste Abendrennen, in dem vier Steher erster Klasse arbeiteten, vor einer stattlichen Zuschauermenge vor sich. Das Ereignis des Abends war der große Rekordpreis, ein Dauerfahren hinter großen Motoren über 1 Stunde, das Weiß, der schon den kleinen Rekordpreis, durch Reifendefekt nicht behindert, gewonnen, aus demselben Grunde an sich riß. Vom Pech durch allerlei Schäden verfolgt waren Lewanow, Saldow und Roselle. Besonders Saldow zeigte seine hohe Klasse durch glänzende Spurts, die aber seine Rundenverluste durch Raddefekte nicht wieder gut machen konnten. Die übrigen Ergebnisse waren: Vorwettbewerb zur Bundesmeisterschaft über 1 Kilometer: 1. Nickel (R. V. Germania). Prämienfahren: 1. Knappe; Vorgabefahren für Breslauer Berufsfahrer über 2400 Meter: 1. Schack; Befähigungslauf zur Bundesmeisterschaft über 10 Kilometer: 1. Heidenreich; Trostfahren für Breslauer Geldpreisfahrer über 800 Meter: 1. Kaboth.

* **Zirkus Angelos.** Der große Zirkus an der Kaiserbrücke erfreute sich an seinem gestrigen Eröffnungstage eines guten Besuches. Mit Recht. Unter Verzicht auf jede marktschreierische Sensation wird gute Zirkuskunst geboten. Ein ganz ausgezeichnetes Pferdematerial steht zur Verfügung. Man sieht einen famosen Pustaritt mit 7 Pferden (Herren Albert und Willi), ein Dressurpotpourri (6 allerliebste Schottlandponys, Pony-Hindernisreiten usw.) Plastische Posen zu Pferde, ausgezeichnet gestellt von Fräulein Reinsch und Herrn Schwarz, einen spanischen Reitakt mit Büffel und Pferd (Will und Wine) und im zweiten Teil zeigt Direktor Straßburger neben erstklassigen Freiheitsdressuren die hohe Kunst des Schulreitens. Stürmischer Beifall erweckt das graziös Schieber tanzende Pferd. Ein Kombinationsreitakt mit prächtigen Lichteffekten, ein famos von den 2 Albertys gerittener Doppel-Jockeiakt sind ebenfalls noch Höhepunkte des Programms. Neben den schönen Reitkünsten und Dressurstücken zeigen sich noch der feuerfressende Vulkanmensch, der Drahtseilkünstler Joe Gilbert mit seinem vielbewunderten Fox-Trott und Saltomortale auf dem Seil, die Gebrüder Kühn in einem schweren Bravour-Kraftakt, die drei Rostocks, die guten Schleuderbrettakrobaten (4 Aregors) und Cittero Bros mit der waghalsigen getragenen Persch. Ein komisches Sportspiel zu Pferde „Runter mit dem Zylinder" und einige Spaßmacher sorgen für Heiterkeit. Man sieht, das Programm ist so reichhaltig und gut, daß ein Besuch sich wirklich lohnt.

* **Hauptschankwirtschaft an der Jahrhunderthalle.** Heute Donnerstag, 7½ Uhr, achtes Konzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Fritz Müller-Prem. Das Programm enthält u. a. Berlioz: „Fausts Verdammung", Mozart: Symphonie Es-dur, Grieg: Peer-Gynt-Suite, Liszt: Ungarische Rhapsodie Nr. 1.

Familiennachrichten

Am 9. August 1921 verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unsere innig-geliebte, herzensgute Tochter, Schwester, Enkeltochter, Nichte und Cousine

Martha Gottwald

im blühenden Alter von 21 Jahren.

Breslau, den 11. August 1921

In tiefstem Schmerz 3951

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 12. August, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel aus statt.

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands

Am 9. August verschied nach langer Krankheit unser werter Verbandskollege, der Gastwirt

Paul May

im Alter von 50 Jahren. 3944

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Freitag, 12. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Friedhofes.

Am 9. August verschied unser Mitglied, der Gastwirt

Paul May

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Distrikt 1.

Beerdigung: Freitag, den 12. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Nachruf!

Am 5. Juli 1921 ertrank beim Baden unser werter Kollege 3947

Alois Freund

im Alter von 17 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am [illegible] August verstarb unser werter Kollege

Paul Nikisch

im Alter von [illegible] Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

[illegible]

Nachruf!

Aus Oberschlesien kommt soeben die erschütternde Kunde von einer schweren Mordtat, welche an einem höheren Angestellten der Technischen Nothilfe verübt worden ist.

Am Sonntag, den 7. August 1921, wurde der Leiter des Landesunterbezirks Cosel der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern

Herr Eduard Osmantzyk

als er sich dienstlich unterwegs befand, auf der Landstraße aus dem Hinterhalte durch einen Herzschuß ermordet. Darauf wurde der Getötete in den Busch geschleppt und vollständig ausgeraubt.

Zu allen Unbilden, welche die Angestellten und Mitglieder der Technischen Nothilfe in Oberschlesien in den letzten Monaten durch rohen Fanatismus haben erdulden müssen, kommt dieses Kapital-Verbrechen hinzu, um die Angehörigkeit zur Technischen Nothilfe in Oberschlesien geradezu zu einem Heldentum zu machen.

Ein bis in den Tod getreuer Nothelfer und pflichtbewußter Angestellter, der in leitender Stellung seine ganze Kraft für die Wiedergesundung des Vaterlandes und für das Wohl der Allgemeinheit einsetzte, ein ganzer deutscher Mann, ist dem Geschoß eines Mordbuben zum Opfer gefallen.

Ueber die Feigheit und verbrecherische Gemeinheit der Tat schwingt sich in abgeklärter Reinheit der Nothelfergeist empor, welcher den auf der Höhe der besten Manneskraft aus dem Kreise seiner Familie und aus der großen Nothelfergemeinde Entrissenen beseelte.

In echter Nothelfertreue gedenken wir immerdar seiner in tiefer Dankbarkeit. Er gab das Höchste und Letzte für die heilige Sache des Vaterlandes.

Ehre seinem Andenken!

Berlin-Steglitz, den 9. August 1921.

Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern.

Für deren sämtliche Angestellte und die deutschen Nothelfer und Nothelferinnen.

Lummitzsch, Vorstand. 3940

[illegible]

Am 9. August, nachmittags 5 Uhr, verschied nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innig geliebte Frau, unsere liebe Mama, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante 3958

Frau Berta Barth, geb. [illegible]

im Alter von 35 Jahren 10 Monaten.

[illegible]

Breslau [illegible], den 11. August 1921.

[illegible]

Beerdigung: Freitag, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des [illegible] Friedhofes aus.

Deutscher Textilarbeiter-Verband,

[illegible] Breslau.

Am 9. August früh ½7 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der [illegible]

Paul Küttner

aus Neukirch. Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4½ Uhr, in Neukirch. 3948

Zurückgekehrt 6362

Sanitäts-Rat Dr. M. Friedmann.

Zurückgekehrt Dr. Julius Basch

Facharzt f. Haut-, Geschlechtskranke und Strahlenbehandlung 4078

10—12 Gartenstr. 54. 3—5

Die Abrechnung der Leibesfrucht

von Univ.-Professoren A. Grotjahn u. G. Radbruch

Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!

Preis M. 2.—

Buchh. Volkswacht, Neue Graupenstr. 5.

Zu kaufen ges.:

Gelernte Gärtnerin sucht ½ bis 1 Morgen **Gartenland** zu pachten oder zu kaufen. Offerten unter D 4 an Anzeigen-Expedition Tischler, Hummerei 54. 1131 d

Viel Geld! zahlen wir für **Kupfer, Messing, Blei, Zink.** Metallkontor **Albrechtstraße 54.** 2111

Zum Verkauf:

2 gute Anzüge, grau und schwarz, u. verschied. Damen- u. Herrenschuhe billig zu verk. **Hanuse**, Drabiziusstr. 3, III.

1 Paar n. Herren-Schuhe (43) zu verk. b. Saft, Klosterstr. 107.

Kinder-Drahtbettstelle, Mohnmühle, Fischbassin, Reißbrett mit Schienen z. verkaufen bei **Steppack**, Westendstr. 49 III.

Soeben erschien

als Ergänzung zum Einkommensteuergesetz

100 Antworten auf 100 Fragen

das Gesetz über die Besteuerung des Arbeitslohnes

unter Darlegung des Rechtsweges an der Hand zahlreicher Musterformulare bearbeitet und herausgegeben von Bezirks-Arbeitersekretär Alfred Peikert-Breslau.

Preis beider Gesetze 3.00 Mark durch Partei- und Gewerkschaftsvertrauensleute bezogen. Im Buchhandel 4.00 Mark, nach auswärts ausschließlich Porto.

Erste und einzige populäre Bearbeitung.

Erhältlich in der Buchhandlung „Volkswacht", Neue Graupenstr. 5.

Wir empfehlen:

Joh. Ferch

„Die Flucht vor dem Kinde"

Preis 90 Pf.

Buchhandlung Volkswacht

Breslau, Neue Graupenstraße 5.

[illegible]

Der Weg zum eigenen Heim

[illegible]

Buchhandlung Volkswacht • Breslau III.

Bücherfreunden empfehlen wir:

Gottfried Keller's Werke

in schönen modernen Pappbänden

enthaltend: Der grüne Heinrich (2 Bände)
Züricher Novellen
Die Leute von Seldwyla
Martin Salander
Sieben Legenden
Gedichte

Insgesamt 135 Mark

gegen Wochenraten von 5 Mk., bei 16 Mk. Anzahlung. Auswärts Porto-Zuschlag.

Buchhandlung „Volkswacht", mod. Antiquariat

Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Bestellschein.

Hiermit bestelle ich per Nachnahme:

Gottfried Keller's Werke

enthaltend: Der grüne Heinrich (2 Bd.), Züricher Novellen, Leute von Seldwyla, Martin Salander, Sieben Legenden, Gedichte, für 135 Mk. in Wochenraten von 5 Mk. und [illegible] 16 Mk. an.

Name: ....

Ort und Straße: ....